

# LIBERALE PERSPEKTIVEN

ZEITSCHRIFT FÜR GESELLSCHAFT UND MODERNE



VERBAND  
LIBERALER  
AKADEMIKER

02

4,90 €

DEZ 2024



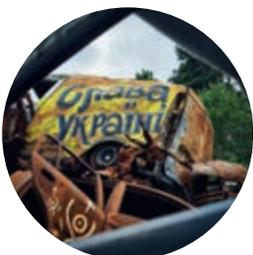
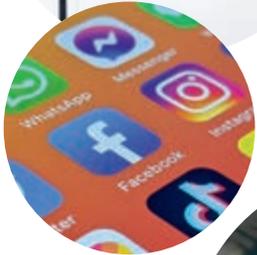
## Die liberale Wirtschaftswende

In Deutschland gibt es Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt, bei der Energieversorgung, Bürokratie und Infrastruktur. Doch genau hier liegt unsere Chance: Wir können wieder auf Wachstumskurs kommen! Wir zeigen inspirierende Ansätze und Möglichkeiten einer liberalen Wirtschaftswende.



# Inhalt 02 | 2024

Editorial – <b>Alexander Bagus</b>	04
Editorial – <b>Britta Lübcke</b>	05
<b>Der Zweck</b> heiligt doch die Mittel	06
Die <b>Landtagswahlen</b> im Osten	08
<b>Frankreich</b> im Umbruch	11
Die <b>Wahlen</b> in den USA und die EU	14
Make <b>America</b> ... was nochmal?	18
Von Sinn und Unsinn politischer <b>Social Media</b> Arbeit	22
Südkoreas politische <b>Weichenstellung</b>	25
Die <b>Zukunft</b> des Westens entscheidet sich an seinen Universitäten	27
Der <b>Sozialismus</b> der dummen Kerle	30
Blick in die <b>Zukunft</b>	35
<b>Liberalismuskolumne</b> – Liberale Werte in Gefahr	37
<b>Aus der LHG</b> – Reisebericht aus der Ukraine	40
<b>Rezensionen</b>	43
Vorgestellt – <b>Denise Köcke</b>	45
Vorgestellt – <b>Elke Grothe-Kühn</b>	46
Impressum	47



## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

kennen Sie das? Sie nähern sich einer Gruppe Menschen und haben auf einmal so ein ganz komisches, flaeses Gefühl? Kein Angstgefühl, aber ein Unwohlsein. So etwas lässt sich in dem Moment meist nicht rational begründen.

An einen solchen Moment erinnerte ich mich neulich, als uns unsere VLA-Freizeit nach Erfurt führte. Wir waren dort zuletzt gut ein Jahr davor gewesen wegen der Bundesmitgliederversammlung der Liberalen Hochschulgruppen. Damals stellte sich bei mir dieses flaeue Gefühl ein. Wir waren in einer kleinen Gruppe nachts noch in der Stadt unterwegs. Begrenzte Auswahl ließ nur eine Bar übrig. Als wir uns dieser näherten, baute sich das flaeue Gefühl bei Betrachtung der draußen stehenden Gäste dieser Bar auf: viele, fast ausschließlich, weiße Männer, teils im Anzug, irgendwie unpassend für die Art Bar, wenige über 45. Sie saßen und standen in kleineren Gruppen zusammen, ein unsichtbares Band verband sie miteinander, drinnen wie draußen. Nur eine Gruppe passte irgendwie nicht rein, waren sie doch nicht ganz so weiß und auch legerer gekleidet.

Ich beobachtete ganz bewusst, versuchte, mein Unwohlsein zu ergründen. Ich hatte eine Vermutung, recherchierte online, musterte die Gäste weiter. Letztlich meinte ich, zwei Gäste erkannt zu haben: AfD-Abgeordnete aus Thüringen. Doch Unsicherheit blieb. Vielleicht Verwechslung? Gehörten die Personen wirklich fast alle zusammen? Wir tranken weiter, es wurde spät, doch dieses mulmige Gefühl blieb. Also zahlten wir, bereit zum Aufbruch. Da machte sich auf einmal auch eine Gruppe aus einer Sitzecke auf in Richtung Ausgang, kam aber nicht weit.

Sie kam mit dem anderen Grüppchen, das sich von den anderen optisch abhob, ins Gespräch. Ich beobachtete diese Szene genau. „Knallt es hier gleich?“, fragte ich mich.

Die Diskussion dauerte vielleicht eine halbe Minute. „BOL-SO-NA-RO! BOL-SO-NA-RO! BOL-SO-NA-RO!“ schallte es dann. Die gemeinsame Basis der beiden anscheinend fremden Gruppen war ein Schlachtruf auf den vormaligen rechtspopulistischen Präsidenten Brasiliens Jair Bolsonaro. Jetzt war definitiv der Moment gekommen, zu gehen, aber hurtig.

Thüringens Rechte findet offensichtlich jederzeit schnell internationale Freunde. Was hätten Sie gemacht? Hätten Sie die Bar von Anfang gemieden? Wären Sie geblieben, hätten noch das Gespräch oder vielmehr die Konfrontation gesucht?

Für mich war an dieser Stelle klar, in Teilen Deutschlands ist die letzten Jahre etwas ins Rutschen gekommen. Aber auch international gewinnen populistische Kräfte; das Wahlverhalten der Wählerinnen und Wähler ändert sich massiv. Darum geht es in dieser Ausgabe und wir schauen dabei nach Hamburg, in den deutschen Osten, nach Frankreich und die USA. „Mögest Du in interessanten Zeiten leben“, lautet ein chinesischer Fluch. Interessant sind sie momentan auf jeden Fall und werden sie auch sicherlich noch einige Jahre bleiben.

Daneben begann dieses Jahr mit Veränderungen für unsere Liberalen Perspektiven und sie enden auch damit. Für zwei Ausgaben hatten wir Britta Lübcke als Chefredakteurin an Bord. Sie verlässt uns auf eigenen Wunsch wieder, was wir sehr bedauern. Ich danke ihr im Namen des VLA-Präsidiums für das starke Engagement, die vielen Ideen und Impulse, die unsere Liberalen Perspektiven nach vorne gebracht haben, sowie für das gute Miteinander.

So oder so wünsche ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, viel Lesevergnügen mit diesem Heft und wünsche Ihnen eine besinnliche Zeit „zwischen den Jahren“.

**Ihr Alexander Bagus**

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

diese Ausgabe hat das Thema „Demokratie und Wahlen“. Sowohl die Demokratie als auch die unterschiedlichen Wahlen in diesem Jahr waren und sind größeren Verwerfungen, Desinformationskampagnen und Angriffen von innen und außen ausgesetzt. Daher fand ich es wichtig, diesem Thema in den Liberalen Perspektiven (LP) Raum zu geben.

Bekommen haben wir viele tolle Artikel zu den Wahlen rund um den Globus: Südkorea, Frankreich, Ostdeutschland, Hochschulwahlen, Bezirkswahlen in Hamburg und die Wahlen in den USA. Zwei weitere Artikel beschäftigen sich mit Angriffen auf die Demokratie: ein berührender Reisebericht aus der Ukraine und eine Auseinandersetzung mit dem immer weiter um sich greifenden Antisemitismus in unserem Land, an unseren Universitäten. Also viele Themen, die unsere Gesellschaft bewegen und die hoffentlich auch zu weiterer Diskussion und zum Nachdenken anregen.

Natürlich darf auch die Leichtigkeit nicht zu kurz kommen. Es gibt wieder Buchrezensionen und die Rubrik „Vorgestellt“. Sie dürfen gespannt sein ...

Es hat mir viel Spaß gemacht, die LP zu gestalten und weiterzuentwickeln, Themen zu setzen und mit den Autoren zusammenzuarbeiten. Trotzdem muss ich mich heute von Ihnen verabschieden. Leider haben sich Rahmenbedingungen, auf die ich keinen Einfluss habe, so verändert, dass ich entschieden habe, meine Arbeit für die LP zu beenden, auch wenn mir dieser Schritt wirklich nicht leicht fällt. Doch dann denke ich an das Lied von Trude Herr „Niemals geht man so ganz“ und der Textzeile „Irgendwas von mir bleibt hier“.

In diesem Sinne verbleibe ich mit den besten Grüßen

**Ihre Britta Lübcke**



# Der Zweck heiligt doch die Mittel

## Erfahrungen einer jungen Kommunalpolitikerin in Hamburg

von Sidney Gregor-Wielan

An einem lauen Juniabend saßen wir beim Rugbyverein im Hamburger Stadtpark, noch in Jacken und Pullis gehüllt, da der Hamburger Sommer sich bislang nicht von seiner besten Seite gezeigt hatte. Trotz des Wetters herrschte gute Stimmung, denn wir feierten unser Wahlergebnis der Bezirkswahl: Mit 27,9 Prozent hatten wir unser zweitbestes Resultat erzielt und unsere Position als stärkste Fraktion behauptet. Dies gab uns jede Menge Rückenwind für die bevorstehenden Sondierungsgespräche mit der SPD.

### Verlust von vier Mandaten

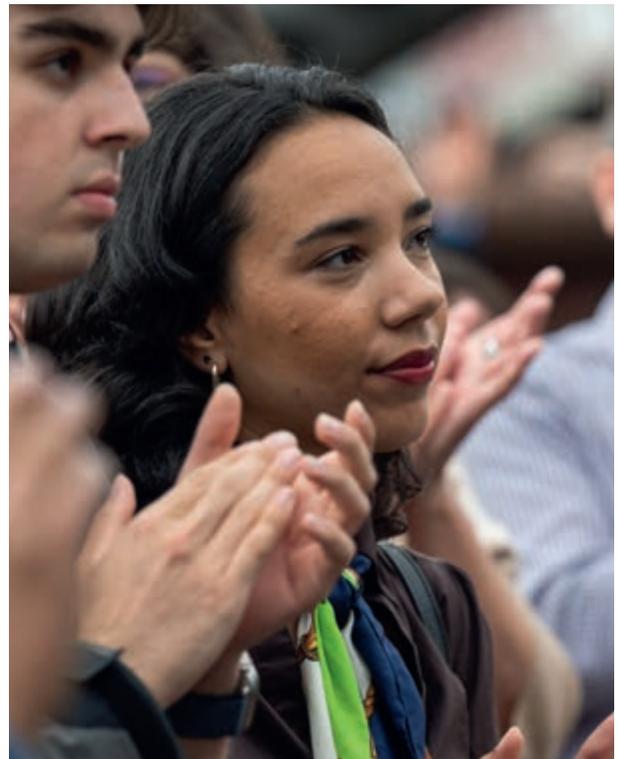
Unser Plan war es, die erfolgreiche grün-rote Koalition fortzuführen, die in den vergangenen fünf Jahren (wie auch in den fünf Jahren davor als rot-grüne Koalition) sehr gut funktioniert hatte. Doch die Sitzverteilung in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord hatte sich verändert: Trotz unserer Stellung als stärkste Fraktion verloren wir vier Mandate und rutschten von 19 auf 15 Abgeordnete. Drei dieser Mandate gingen an Volt, die erstmals in die Bezirksversammlung einzogen, eines an die SPD. Dieses eine Mandat eröffnete die Möglichkeit einer Koalition gegen uns, mit Unterstützung von CDU und FDP – was eine hauchdünne Einstimmen-Mehrheit bedeuten würde.

Viele von uns hielten dies für unwahrscheinlich, gerade weil doch die Zusammenarbeit in den letzten zehn Jahren konstruktiv und geräuschlos verlaufen war. Zudem waren sogar

Freundschaften zwischen Grünen und Roten entstanden, die eine Vertrautheit suggerierten, die nun wohl doch nicht (mehr) da war. Denn diese Freundschaften wurden in der Woche nach der Wahl einseitig aufgekündigt und wir standen nun mit offenen Mündern da. Wir hatten diese Entwicklung nicht kommen sehen.

### Keine echte Freundschaft in der Politik

Die erste Lektion war klar: In der Politik kann es wohl kein (über-)parteiliches Vertrauen geben, geschweige denn echte Freundschaft.



Die zweite Erkenntnis: Wir müssen uns nicht an die Regeln der Fairness halten, auch wenn es unsere langjährigen Partner nicht tun. Nach einem einstimmigen Votum unserer Partei, nur mit der SPD zu sondieren, zeichnete sich ab, dass die Gespräche nicht gut liefen.



Daraufhin gingen wir auf die CDU zu, die in Hamburg eher unbedeutend ist (diese erhielt bei der letzten Bürgerschaftswahl nur 11,2 Prozent) und sich freut, überhaupt mal wieder relevant zu sein. Ironischerweise hatten wir trotz inhaltlich deutlich größerer Differenzen hier das angenehmere Gespräch.

Mitte August kam dann die finale Info der SPD, dass sie in die Koalitionsverhandlungen mit CDU, FDP und Volt eintreten würden. Dass auch Volt für Koalitionsverhandlungen angefragt wurde, überraschte uns zwar, ergab aber vor dem Hintergrund der knappen Mehrheit Sinn, weil sich die Koalition im Zweifel sonst von der AfD dulden lassen müsste.

Unsere Oppositionsrolle wird nun für die nächsten Jahre zementiert sein. So ist der Lauf der Dinge. Wir sind gespannt darauf, uns in diese neue Rolle hineinzufinden und so wieder zum Ursprung unserer Partei zurückzukehren. Als größte Oppositionsfraktion werden wir für die anderen Parteien ganz sicher nicht sonderlich bequem sein.

## Offene Fragen

Diese Entwicklung wirft allerdings einige Fragen auf: Muss man sich damit abfinden, dass Posten schon auf kommunaler Ebene das Einzige sind, worum es geht? (Anmerkung der Redaktion: Mit dem Bündnis aus SPD, CDU, FDP und Volt gegen die Grünen will die SPD vor allem den unliebsamen Bezirksamtsleiter Michael Werner-Boelz [Grüne] ablösen.) Wie lässt sich rechtfertigen, dass trotz einer linken Mehrheitswahl im Bezirk ein solch krudes Bündnis zustande kommen muss, nur um eben diese Mehrheit zu verhindern?

Der politische Betrieb muss sich mit diesen Fragen auseinandersetzen. Sonst schafft dieser Betrieb Bündnisse, die nicht aus der Not heraus entstehen, eine AfD zu verhindern, sondern die damit die stärkste demokratische Fraktion mit den gleichen Mitteln bekämpft und nach jahrelanger guter Zusammenarbeit (SPD und Grüne) plötzlich zum Feind erklärt.

Eine weitere wichtige Frage ist: Wie kommuniziert man überhaupt solche Geschehnisse an die Bürgerinnen und Bürger? Es ist zwar „nur“ Kommunalpolitik, aber nicht unwichtiger zu wissen, was in der eigenen Nachbarschaft vor sich geht, besonders wenn man mit einer anderen Intention gewählt hat.

Ich würde mich gerne mit anderen über diese Gedanken austauschen. Meiner Meinung nach sind hier einige Dinge geschehen, die ich in der Kommunalpolitik für unangemessen halte und finde, dass sie der Demokratie nicht gut tun. Lasst uns gerne darüber sprechen!



Sidney Gregor-Wielan ist Studentin der Politikwissenschaft, zwanzig Jahre alt und seit zwei Jahren stellvertretende Kreisvorsitzende der Grünen in Hamburg-Nord. Ihre Herzensthemen sind die nachhaltige Stadtentwicklung und Mobilitätspolitik, die sie als Wahlkreisabgeordnete vorantreibt.

# Die Landtagswahlen im Osten

## Ein liberaler Zwischenruf

von Denise Köcke

Wenn es auf der Wahlparty – oder „Wahlzurkenntnisnahme“ – der FDP Sachsen einen roten Faden gab, der sich durch die Gespräche zog, dann war es: „Was ist mit diesem Land los? Und was sollen wir als Liberale noch machen?“. Ich wohne zwar nicht mehr in Sachsen, hatte mich aber dazugesellt, um ein paar Eindrücke zu erhaschen. Nachdem die Wähler entschieden haben, gibt es in Thüringen oder Sachsen keine denkbare Koalition ohne AfD oder BSW. Trotz allem haben die Liberalen in Sachsen und Thüringen wohl selbst keine Fehler gemacht, die das Wahlergebnis erklären. Vielmehr ist die politische Lage, in der wir stecken, keine Krise, die wir (nur) durch politischen Liberalismus lösen können. In dieser Krise sind wir als Liberale in unserer Funktion als Bürger – in unserem gesellschaftlichen Liberalismus – gefragt.

Wenn uns die letzten Jahre eines gezeigt haben, dann, dass die Antworten der etablierten Parteien gänzlich unzureichend sind. „Wir müssen die Probleme der Menschen ernst nehmen.“ Würde jedes Mal, wenn ein Politiker in jovialer Selbstgefälligkeit diesen Satz sagt, jemand aus AfD und BSW austreten, hätten wir die Probleme tatsächlich gelöst. Klappt bloß leider nicht. Dieses Phrasendreschen ist symbolhaft für das, was die Leute im Osten stört: Wir, die Einzigen, die wissen, wie Politik funktioniert und die für stabile Regierungen der Mitte sorgen können, müssen dem „Pöbel“ im Erzgebirge nur unsere plakativ bodenständige Seite zeigen und dann richtet sich das alles. „Wir müssen den Menschen im Osten zuhören.“ Die bockigen Kinder müssen nur lernen, uns zu sagen, was falsch ist mit ihnen, und dann füttern und wickeln wir sie, bis sie aufhören zu schreien.

Da zeigt sich ein zutiefst anti-liberales Menschenbild. Die Protestwähler im Osten sind doch keine Verfügungsmasse, die man irgendwie zur Demokratie erziehen müsste. Wenn sie den Wert der politischen Mitte sähen, würden sie auch so wählen. Angesichts der Mobilisierung von AfD und BSW aus dem Nichtwähler-Pool müssen wir uns damit auseinandersetzen, dass wir die Zeiten politischer Stabilität dem Umstand verdanken, dass die – vormals – Nichtwähler still waren. Der Frust über „die Politik“ ist ja nichts Neues. Auch früher wurde schon skandiert, „die da oben“ seien doch alles Verbrecher und keine Partei wählbar.



## Toxisches Staatsverständnis

Jene Gruppe der Protestwähler, die schon früher geschimpft hat, besteht vorwiegend aus Leuten, die sich selbst als Wendeverlierer begreifen, die niemals richtig in der Marktwirtschaft angekommen sind. Unter ihnen herrscht ein gewisses Stockholm-Syndrom zur DDR. Früher (als alles viel besser war) hat sich der Staat gekümmert. Es gab nicht viel, aber irgendwie hat's funktioniert. Wer keinen Job hatte, für den hat der Staat einen geschaffen. Nach der Wende konnten und können einige Leute schlichtweg nicht damit umgehen, ihr Leben selbst in die Hand nehmen zu müssen. Sie sind noch immer darauf angewiesen, dass der Staat sich kümmert. Gleichzeitig haben sie die Erfahrung gemacht, dass der Staat scheiße ist – sie belügt, bespitzelt, einsperrt. Sie brauchen die starke Hand, aber sie wissen, dass



diese Hand zum Schlag ausholt. Jene Gemengelage zwischen Abhängigkeit und Missachtung speist das toxische Staatsverständnis einer signifikanten Gruppe im Osten.

Umso schlimmer, dass viele die Erwartung hatten, vom Systemwechsel zu profitieren. Nüchtern betrachtet haben sie das auch – jedem Sozialhilfeempfänger geht es wirtschaftlich besser als in der DDR. Doch dieses absolute Wohlstandsniveau ist irrelevant. Menschen sehen sich in Relation zu anderen. Mittlerweile stehen diejenigen, die nach der Wende ihr Schicksal in die Hand genommen haben, deutlich besser da, obwohl früher alle gleich wenig hatten. Dazu kommen noch neue Gruppen – wie Migranten – welche jetzt die gesellschaftliche Wertschätzung einfordern, die vermeintlich den Abgehängten zuerst zusteht. Doppelt überholt – von den eigenen Peers und von „den Anderen“.

## Unzufriedenheit als Erfordernis kognitiver Dissonanz

Was macht man da, um das Gerechtigkeitsempfinden zu befriedigen? Harte Bürgergeldkürzungen, öffentlichkeitswirksame Abschiebungen ... das entspricht vielleicht den Forderungen der Betroffenen, doch Forderungen finden sich neue. Man will ja dagegen sein. Die kognitive Dissonanz erfordert, unzufrieden zu sein. Politisch machen kann man da nicht viel, aber wir können damit leben. Wir müssen mit einem gewissen Hintergrundrauschen – in Form von AfD, BSW, Montagsdemos – gesellschaftlich klarkommen. Es ist zu hoffen, dass die Repräsentation in Amt und Würden ausreicht, den sozialen Geltungsdruck zu stillen.

Wo wir etwas machen können, ist bei denen, die AfD und BSW aus Unsicherheit über gesellschaftlichen Wandel, geopolitische Krisen und die wirtschaftliche Lage gewählt haben. Es ist ja nicht so, als sei das Rechtsaußenwählen ein spezifisch deutsches Phänomen. Ostalgie mag DDR-zentriert sein, doch auch in anderen Ländern sehnen sich Teile der Bevölkerung nach den guten, alten Zeiten. Aus meiner Zeit in den

USA, Frankreich und den Niederlanden kann ich sagen, dass sich der gesellschaftliche Frust vergleichbar anfühlt. Daher ist es auch zu kurz gedacht, die Strukturveränderungen bekämpfen zu wollen, indem wir „einfach die Probleme lösen“. Selbst wenn wir die Wende in der Migrations-, Sozial-, Rentenpolitik bekommen, ist doch nicht gesagt, dass der Osten wieder in die Arme der etablierten Parteien fällt. Jede Reform produziert neue Verlierer. Manchmal gibt es keine gute Lösung. Was wir jedoch machen können: ehrliche Debatten führen. Hier kommen wir als Liberale ins Spiel.

Beispielsweise haben wir es bisher nicht geschafft, in der Migrationsfrage eine gesellschaftliche Diskussion darüber zu führen, wie wir uns Integration eigentlich vorstellen. Bis wir nicht ein Leitbild definiert haben, das man dann in Realpolitik gießen kann, wird das Thema immer wieder hochkochen. Dabei liegen die gesellschaftlichen Konfliktlinien offen. Auf der einen Seite ist uns daran gelegen, Menschen, die Krieg und Verfolgung ausgesetzt sind, Schutz zu bieten – im Lichte des Fachkräftemangels auch nicht ganz uneigennützig. Andererseits ist nicht zu leugnen, dass der Durchschnitt der Menschen aus arabisch-afrikanischen Ländern uns kulturell fremder ist, als es unsere europäischen Nachbarn sind, und wir uns mit Migration aus diesen Regionen auch ein höheres Maß an Sexismus, Antisemitismus und Homophobie ins Land holen. Das baut Spannungsfelder zu Werten auf, die wir hart erkämpft haben.

Als Gesellschaft ist es völlig legitim, eine Position irgendwo auf dem gemäßigten Spektrum zwischen Totalabschottung und offenen Grenzen zu beziehen. Es ist legitim, zu beanspruchen, unsere Werte seien derart wichtig und unverhandelbar, dass wir uns keinen Schritt in eine andere Richtung bewegen, dass wir eine Leitkultur vorgeben und Zuwiderhandeln sanktionieren. Andererseits ist es ebenso legitim, zu sagen, dass wir aus dem Gebot der Menschlichkeit heraus Geflüchteten – ohne Obergrenze – eine neue Heimat bieten wollen. Dass wir es einfach aushalten müssen, wenn unsere

Kultur herausgefordert, verändert, vermischt wird. Dass wir bereit sind, neue Konflikte einzugehen, um Schutzbedürftigen entgegenzukommen. Beides kann man vertretbar fordern; aber wir müssen die Diskussion führen.

### Auf Augenhöhe werben

Als Liberale kann ich beiden Ansätze einen Aspekt von Freiheit attestieren: zum einen der Schutz von Freiheitsrechten und der Freiheit einer Nation, über ihre Grenzen zu bestimmen; zum anderen die Freiheit von Menschen, ihr Land zu verlassen und sich innerhalb einer Gesellschaft auszudrücken. Wir als Liberale können hier vermitteln, nuancieren und zeigen, dass die politischen Ränder keine Lösungen bieten. Tief im Innersten sind die Leute ja nicht ernsthaft glücklicher ohne Asyl oder in einer DDR 2.0.

Uns werden nie die Herzen der Menschen zufliegen. Liberalismus ist in Deutschland kein Massenphänomen. Aber solange der politische Liberalismus im Osten ein 1%-Phänomen ist, ist umso wichtiger, dass wir mit unserer gesellschaftlichen Freiheitsidee in den Diskurs gehen, auch da, wo es keine Lösungen ohne Verlierer gibt. Deshalb ist unsere Verantwortung, den Protestwählern im Osten nicht als bockige Kinder gegenüberzutreten, sondern auf Augenhöhe für das zu werben, was uns als Liberale verbindet: Den Wunsch nach einer offenen Gesellschaft von leistungsbereiten Individuen, die es jedem ermöglicht, voranzukommen und sich zu entfalten.



Denise Köcke ist gebürtige Sachsen-Anhalterin, hat in Dresden studiert und lebt in Frankfurt (Oder). Als Völkerrechtlerin war sie kurzzeitig am Internationalen Strafgerichtshof und Kosovotribunal tätig. Derzeit macht sie ihr juristisches Staatsexamen und arbeitet in der Cybersicherheitsforschung. Früher war Denise Köcke in der FDP aktiv, u.a. 2017 und 2021 als Bundestagskandidatin im Harz.

# Frankreich im Umbruch

## Die französischen Parlamentswahlen und ihre Bedeutung für Deutschland und Europa

von Marina Sedlo



Am 9. Juni 2024 verkündete der französische Präsident Emmanuel Macron die Auflösung der Nationalversammlung – kurz nachdem die Ergebnisse der Europawahl bekannt gegeben wurden, bei der die Liste der europaskeptischen Partei Rassemblement National (ehem. Front National) unter der Führung von Jordan Bardella mit 31,4 Prozent als klarer Sieger hervorging. Die Liste von Macrons Partei Ensemble erzielte 14,6 Prozent der Stimmen. In Reaktion auf dieses Wahlergebnis entschied der Präsident, den Franzosen erneut die Möglichkeit zu geben, über ihre „parlamentarische Zukunft zu entscheiden“. Die ursprünglich für 2027 geplanten ordentlichen Parlaments-

wahlen wurden nunmehr am 30. Juni und 7. Juli abgehalten nach lediglich zwei Jahren der Legislaturperiode.

In Frankreich weckte diese Entscheidung bei vielen Bürgern die Sorge, dass die rechtsextreme Partei die Wahl gewinnen, eine Mehrheit im Parlament erringen und damit auch den Premierminister stellen könnte. Um dies zu verhindern, taten sich die Parteien der linken politischen Strömung – namentlich die kommunistische La France Insoumise, die grüne Europe Écologie Les Verts, die sozialdemokratische Parti Socialiste und weitere kleinere linke Parteien – zu einer gemeinsamen Liste

zusammen, den Nouveau Front Populaire (NFP, dt. „Neue Volksfront“) und traten jeweils mit einem gemeinsamen Kandidaten in den Wahlkreisen an.

Der Name dieser Liste ist angelehnt an den Front Populaire (FP) von 1936, der gegründet worden war, um dem Aufstieg des Faschismus in Europa entgegenzuwirken. Der FP gewann die damaligen Wahlen und stellte daraufhin die Regierung. Auch die gegenwärtige Parteienallianz des NFP konnte in den Wahlen die meisten Stimmen auf sich vereinen. Die Macronisten des Ensemble belegten den zweiten Platz, während der rechtsextreme Rassemblement National trotz deutlicher Zugewinne hinter den Erwartungen blieb und den dritten Platz erreichte.

### **Suche nach dem nächsten Premierminister**

Doch erstmal stand im Sommer 2024 für die Welt Frankreich wegen der Olympischen Spielen in Paris im Mittelpunkt. Die Franzosen feierten ihre zahlreichen Siege, im ganzen Land herrschte eine feierliche Stimmung. Währenddessen fanden aber im Hintergrund politische Gespräche um das Amt des Premierministers statt: Wer sollte den Amtsinhaber Gabriel Attal ablösen und neuer Premierminister Frankreichs werden?

Der NFP erhob als Sieger der Parlamentswahlen den Anspruch, einen eigenen Kandidaten an die Spitze von Matignon, dem Regierungssitz des Premierministers, zu bringen. Anders als erwartet ernannte Emmanuel Macron dann am 5. September 2024 mit dem ehemaligen EU-Kommissar Michel Barnier einen moderat konservativen Politiker zum neuen Premierminister. Diese Entscheidung, die viele Beobachter aufgrund ihrer politischen Tragweite überraschte, war eine deutliche Absage an die Linke, welche daraufhin ein Misstrauensvotum gegenüber der französischen Regierung ankündigte. Die Partei des neuen Premierministers, Les Républicains (LR), zählt hingegen zu den Verlierern der Wahlen und eine parlamentarische Mehrheit ist nur mit Unterstützung des

Rassemblement National möglich. Frankreich steht damit vor einer politisch äußerst komplizierten Situation.

Was können deutsche Beobachter aus dieser politischen Lage in Frankreich lernen? Drei zentrale Entwicklungen lassen sich anhand der Ereignissen erkennen, die auch für die deutsche Politik wichtig sein sollten.

### **Resilienz der französischen Gesellschaft und Offenheit für Wahlen**

Erstens: Frankreichs Gesellschaft hat sich inmitten der politischen Turbulenzen als bemerkenswert resilient erwiesen. Trotz gesellschaftlicher Spannungen, den Protesten gegen Polizeigewalt oder Macrons Rentenreform sowie der Bedrohung durch terroristische Anschläge in der Vergangenheit haben die Franzosen zweierlei unter Beweis gestellt: Sie sind bereit, politische Debatten auszuhalten, und fähig, in Krisenzeiten Entscheidungen demokratisch zu treffen. Die französische Demokratie zeigt, dass auch in Zeiten großer Unsicherheit, Wahlen eine Chance zur Erneuerung bieten. Durch die argumentative Auseinandersetzung mit populistischen und extremen Kräften gedeiht eine demokratische Kultur, die Herausforderungen nicht scheut. Die Bereitschaft der Franzosen, auch in Krisenzeiten Debatten offen auszutragen und zu wählen, stärkt nachhaltig die demokratischen Institutionen. Dies unterstreicht den Eindruck, dass politische Partizipation und kontroverse Wahlen nicht zwangsläufig zu Instabilität führen. Sie bieten vielmehr ein Ventil für gesellschaftliche Spannungen.

In Deutschland neigt man oft dazu, Neuwahlen oder politische Grundsatzdebatten als Risiko für die Stabilität von Demokratien zu betrachten, insbesondere wenn extreme Parteien am rechten oder linken Rand involviert sind. Doch die politischen Ereignisse in Frankreich belegen, dass eine starke Demokratie auch mit Wahlen unter kontroversen Umständen umgehen kann, ohne hierbei ins Chaos zu stürzen. Der Mut, politische Auseinandersetzungen

offen und demokratisch auszutragen, sollte auch in Deutschland von politischen Parteien und ihren Führungsriegen gelebt und gefördert werden.

### **Der Einfluss innenpolitischer Fragen auf Wahlergebnisse**

Zweitens: Die französischen Wahlen wurden weniger durch geopolitische Werthaltungen oder übergeordnete wirtschaftliche Fragen bestimmt, sondern vor allem durch innen- und sicherheitspolitische Themen. Die öffentlichen Konfliktlinien zogen sich in erster Linie entlang der Migration, der Integration und der Frage, wie Frankreich mit den gesellschaftlichen Herausforderungen umgehen soll, die durch Zuwanderung entstehen. Auch wenn die Rechtspopulisten nicht so stark profitieren konnten wie von zahlreichen Beobachtern befürchtet, war klar, dass Migration das mit Abstand beherrschende Thema der Wahl war.

Der Fokus auf innenpolitische Fragen ist auch für Deutschland relevant. Frankreich verdeutlicht, dass Migration ein zentrales politisches Thema ist, welches breiter und differenzierter auch durch die Parteien der Mitte adressiert werden muss. Sowohl die liberalen als auch die konservativen Parteien in Frankreich haben die Dringlichkeit der Thematik erkannt und versucht, Forderungen im Zusammenhang mit Migration nicht den Randparteien zu überlassen, sondern ausgewogene Angebote aus der politischen Mitte an die Wähler zu richten. Für die bürgerliche Parteienlandschaft in Deutschland sollte dies als Vorbild im Wettbewerb gegen die politischen Ränder verstanden werden, Migration nicht mehr als bloßes Randthema zu verklären, sondern als eine zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung zu verstehen, die pragmatische Lösungen erfordert.

### **Das deutsch-französische Verhältnis - eine Partnerschaft auf Augenhöhe**

Drittens: Letztlich zeigt die aktuelle politische Lage Frankreichs, dass das deutsch-französische Verhältnis keineswegs mehr als selbst-

verständlich betrachtet werden darf. Zwar gibt es weiterhin enge wirtschaftliche und politische Verbindungen zwischen beiden Ländern, doch der wachsende Einfluss antieuropäischer Parteien in Frankreich ist ein deutliches Alarm-signal.

Deutschland hat in den letzten Jahren häufig die ausgestreckte Hand Macrons ausgeschlagen, der auf eine intensivere Zusammenarbeit in Europa, auch in sicherheitspolitischen Fragen abzielte. Nun muss es an der Zeit sein, auf die Offerte zu reagieren und zu handeln. Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich ist nicht nur für beide Länder von entscheidender Bedeutung, sondern auch für die gesamte europäische Idee. Die Wahlen in Frankreich sind ein Weckruf, dass die deutsch-französische Partnerschaft gestärkt und erneuert werden muss – auf Augenhöhe und mit dem gegenseitigen Verständnis für die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen beider Länder.

Die französischen Parlamentswahlen sind weit mehr als nur ein nationales Ereignis. Sie haben Auswirkungen auf ganz Europa und bieten wichtige Lehren, die auch für die deutsche Politik relevant sind. Die politische Landschaft Frankreichs zeigt, dass – trotz gesellschaftlicher Spannungen und des Aufstiegs extremer Parteien – die Demokratie robust bleibt und in der Lage ist, Herausforderungen zu bewältigen. Deutschland sollte diese Entwicklungen aufmerksam verfolgen und die Gelegenheit nutzen, das deutsch-französische Verhältnis zu vertiefen – nicht nur im Interesse der beiden Länder, sondern auch für die Zukunft Europas.



Marina Sedlo ist Deutsch-Französin, Studentin der Politikwissenschaften und Ortsbeirätin für die FDP im Frankfurter Nordend. Ob in der Politik oder im deutsch-französischen Wirtschaftsverein in Hessen, engagiert sie sich auf verschiedenen Ebenen für das deutsch-französische Leben, Arbeiten und Politikmachen.

# Die Wahlen in den USA und die EU

## Gedanken zur aktuellen politischen Lage

von Siebo M. H. Janssen

***Hinweis der Redaktion:** Dieser und der folgende Beitrag wurden mehrere Wochen vor den US-Präsidentenwahlen geschrieben. Mit Vorliegen der Druckfassung des Hefts sind wir alle bereits schlauer. Die Grundtendenzen werden sich jedoch nicht verändert haben und auch die Entwicklungen im Wahlkampf zwischen Donald Trump und Joe Biden bzw. Kamala Harris werden sich nicht mehr im Nachgang ändern.*

Viel ist von Zeitenwende in diesen Tagen die Rede. Der brutale Angriffskrieg Putins auf die Ukraine hat die Weltordnung tatsächlich auf den Kopf gestellt, hat gewachsene Sicherheiten in wenigen Stunden zerschlagen und uns alle vor neue, vorher für undenkbar gehaltene, Realitäten gestellt.

Die Aggression Putins gegen die Ukraine beruht nicht etwa auf einer realen Bedrohung der russischen Minderheit in der Ukraine oder einem angeblichen faschistischen System, das es zu stürzen gilt, sondern einzig und allein Putins neozaristischem Großraumdenken. Und dieses autoritäre, allen Grundlagen des internationalen Rechts widersprechende Verhalten bedurfte und bedarf einer klaren und unzweideutigen Antwort der internationalen Staatengemeinschaft.

Die EU hat dann auch – zusammen mit den USA und Kanada – unmittelbar nach dem Überfall Sanktionen gegen Putin und seine Entourage verhängt und diese im Laufe des Konflikts weiter verschärft. Außerdem wurden und werden Waffen zur Verteidigung der Ukraine aus den EU-Mitgliedsstaaten und den USA geliefert und viele EU-Mitgliedsstaaten haben großzügig ukrainische Flüchtlinge aufgenommen.

### **Deutliche Risse im europäischen Projekt**

Man könnte also meinen, dass die EU insgesamt an Geschlossenheit gewonnen hat. Vordergründig erscheint dies auch so. Doch wenn man genauer hinschaut, sieht man die Risse im europäischen Projekt deutlich: die zunehmende Radikalisierung der ungarischen Regierung in Bezug auf ihr Verhältnis zu den EU-Institutionen, die Nichtumsetzung von EuGH-Urteilen bzgl. Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten, die Wahlerfolge rechtspopulistischer und rechts-extremen Parteien sowie die zunehmende Zahl von Regierungen in der EU, die von Rechtspopulisten toleriert bzw. gebildet werden.

Unbestritten ist, dass die liberalen Demokratien in einer tiefen politischen Krise stecken. Die Hauptthese aus „Das Ende der Geschichte“ des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Francis Fukuyama von 1992 ist damit widerlegt. Diese Krise wird nach heutigem Kenntnisstand in den nächsten Jahren noch zunehmen, da sich die ökonomische und politische Lage aufgrund verschiedener Faktoren (z. B. Klimawandel, Krieg in der Ukraine, Aufstieg Chinas, Coronafolgen) in den liberalen Demokratien des Westens eher verschlechtern wird. Diese krisenhaft Entwicklung zeigt sich, wie unter einem Brennglas, am deutlichsten in den USA.



Der plötzliche Rücktritt Joe Bidens von seiner Präsidentschaftskandidatur nach dem misslungenen TV-Duell gegen Donald Trump ebnete den Weg für seine Vizepräsidentin Kamala Harris. Harris selber war in ihrer Amtsführung eher blass geblieben. Weder war sie in der Lage, Akzente in der Migrationspolitik zu setzen, noch ist sie durch andere Initiativen wesentlich aufgefallen. Daher war es erstaunlich, wie schnell sich die Demokraten auf Harris als Nachfolgerin für Biden einigten. Hier hat sicherlich der Faktor Zeit eine wesentliche Rolle gespielt.

Anders als Harris hat Joe Biden immerhin außenpolitisch stets ein klares Profil gezeigt hat. Er hat die Ukraine massiv unterstützt, auch gegen Widerstände im Kongress. Er hat sich eng mit den europäischen Verbündeten abgestimmt und deutlich gemacht, dass Bündnisverpflichtungen für ihn keine Verhandlungsmasse sind, sondern zur Grundlage gegenseitigen Vertrauens gehören. Auch im, seit dem mörderischen Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 wieder mit brutaler Gewalt entfesselten Nahostkonflikt, hat Biden versucht, durchgängig ausgleichend zu agieren. Auf der einen Seite betont er, völlig zu Recht, die unverbrüchliche Solidarität der USA mit der einzigen Demokratie in der Region; andererseits hat er wiederholt und nachdrücklich, wie auch Außenminister

Blinken, Israel zur Einhaltung völkerrechtlicher Regeln sowie zur Ermöglichung humanitärer Lösungen aufgefordert.

### **Harris möglicherweise kritischer gegenüber Israel**

Die israelische Regierung, die ultra-orthodoxe und rechtsextreme Mitglieder in ihren Reihen zählt, will von diesem Maßhalten allerdings nichts wissen und zerschneidet zusehends das Tischtuch zwischen den USA und Israel. Die Frage wird hier sein, inwieweit Harris sich, im Falle einer Präsidentschaft, von Biden distanziert und einen schärferen Kurs gegenüber Israel fahren würde. Da sie auf die jüdische sowie die arabische Wählerschaft in den USA angewiesen ist – beides traditionell Gruppen, die den Demokraten nahestehen – wird man erst nach einer möglichen Wahl genaueres über Harris' Kurs erfahren. Erste Aussagen lassen eine vorsichtige Verschiebung in Richtung einer kritischeren Haltung gegenüber Israel erahnen. Beim Thema Ukraine würde eine Präsidentin Harris keine großen Veränderungen vornehmen. Innerhalb der Demokraten ist die Solidarität für das angegriffene und geschundene Land nahezu einhellig und selbst im Lager der republikanischen Senatsfraktion, gibt es Stimmen für eine Ukraineunterstützung,

so z. B. die beiden moderaten Senatorinnen Susann Collins aus Maine und Lisa Murkowski aus Alaska, aber auch der Minderheitsführer im Senat, Mitch McConnell, unterstützt grundsätzlich die Ukrainepolitik der jetzigen Administration.

Schwieriger würde das zukünftige Verhältnis einer Präsidentin Harris zur EU werden, ist Joe Biden doch einer der letzten Transatlantiker der alten Garde; er kann über 40 Jahre außenpolitische Erfahrung und hervorragende Verbindungen in die Hauptstädte der EU und nach Brüssel vorweisen. Harris würde den Kurs Bidens nicht grundsätzlich ändern, aber die Europäer – ähnlich wie schon unter Präsident Obama (2008-2016) – würden einmal mehr und diesmal wohl nachdrücklicher als damals auf die Notwendigkeit einer verstärkten eigenen Außen- und Sicherheitspolitik hingewiesen. Die USA werden nämlich künftig, egal welche Partei den Präsident/die Präsidentin stellt, ihr Augenmerk auf den aufsteigenden Konkurrenten China lenken. Europa und damit europäische Fragen werden für die USA vor diesem Hintergrund und den massiven „domestic problems“ an Bedeutung verlieren. Auch wenn sich Veränderungen im transatlantischen Verhältnis unter einer Präsidentin Harris abzeichnen, bedeutet das keinen Bruch mit Europa, sondern eher eine stärkere Verantwortung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten für die eigene Sicherheit.

Ein völlig anderes Szenario würde sich am Horizont abzeichnen, wenn Donald Trump erneut zum Präsidenten gewählt würde. Schon vor seiner Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Republikaner machte Trump deutlich, was die Welt und die USA von einer möglichen zweiten Amtszeit zu erwarten haben. Von der Durchsetzung eines von Putin und Trump oktroyierten Diktatfriedens für die Ukraine, über eine noch massivere Unterstützung Israels bis hin zu einem möglichen Rückzug aus der NATO (ein Austritt wäre nur mit einem Votum des Kongresses möglich) würde der Slogan: „America first“ in Europa und der Welt seine Schneisen reißen.

Anders als in der ersten Amtszeit Trumps, würde es in einer möglichen zweiten Legislaturperiode auch keine Kräfte mehr geben, die Trump bremsen würden. Seinerzeit verhinderten Außenminister Tillerson, Verteidigungsminister Matthis und Trumps Sicherheitsberater in manchen Fällen offensichtlich Schlimmeres. Die neue Administration hingegen würde sich, so kann man in der ca. 900 Seiten starken Anleitung zum Regieren lesen, herausgegeben von der ultrakonservativen Heritage-Foundation, nur aus Personen zusammensetzen, die als absolut loyal zu Trump gelten. Loyalität wird dort zum einzigen Qualitätskriterium erhoben. Auch wenn Trump sich, halbherzig, von dem Project 2025 genannten Papier distanziert hat, zeigen seine zahlreichen Äußerungen doch, was er von seinem direkten Umfeld erwartet. Die Aussichten auf eine zweite Amtszeit Trumps sollten die Europäer daher außerordentlich wachsam werden lassen und ihnen noch einmal verdeutlichen, dass ein außen- und sicherheitspolitisches „Weiter so“ keine Grundlage für die Zukunft der EU bietet.

### Neuer Höhepunkt der Polarisierung

Sollte Trump nicht gewählt werden, droht hingegen ein Bürgerkriegsszenario, gegen das der 6. Januar 2021 (Sturm auf das Kapitol) wohl nur ein Vorgeschmack war. Schon heute erklären ca. 70 Prozent der Anhängerschaft der Republikanischen Partei, dass sie eine Wahlniederlage Trumps nicht akzeptieren würden. Trumps permanente Angriffe gegen Migranten,



gegen die demokratischen Institutionen und letztendlich gegen die verfassungsmäßige Ordnung der USA zeigen deutlich Wirkung: noch nie war die Situation in den USA so polarisiert wie im Jahr 2024, noch nie war die Stimmung so aufgeheizt und gewaltbereit wie in diesem Wahlkampf. Den Hass den Trump selbst gesät hat, ist in tragischer Weise zweimal, in Form brutaler Attentate, auf ihn zurückgeschlagen.

Erschreckend ist, dass die Republikanische Partei weitgehend die Augen vor der Politik Trumps verschließt, nicht den Mut oder den Willen findet, ihn in die Schranken zu weisen. Sicherlich, es gibt Republikanerinnen und Republikaner, die ihre Unterstützung für Kamala Harris kundtun; diesen Mut bezahlen sie aber mit dem Verlust ihrer Wahlkreise bzw. ihrer Parteimitgliedschaft. Denn die Enthemmung Trumps braucht, um erfolgreich zu sein, eben auch die Enthemmung der republikanischen Basis. Liz Cheney, John Kasich, Mike Pence und andere Republikaner haben erfahren, was es heißt, von Trumps Anhängerschaft verachtet zu werden.

Hinzu kommt Trumps Spielen mit Gewalt- und Vernichtungsfantasien von politischen Gegnern, kritischen Journalistinnen, überhaupt jedem, der Kritik an ihm äußert, sowie sein abgrundtiefer Hass auf Migranten und Flüchtlinge gepaart mit der Idee einer Straflosigkeit für mögliche Gewaltexzesse der Polizei gegen potenzielle Straftäter, Jugendbanden und andere Gruppen, die aus Trumps Sicht keine Lebensberechtigung haben und das Bild von den sauberen, weißen USA stören.

Wer die Wahl gewinnt, entscheidet sich am 5. November 2024 in den sieben „battleground states“: Wisconsin, Michigan, Pennsylvania, Arizona, Nevada, Georgia und North Carolina. Im Moment ist das Rennen so eng, das keine definitive Aussage gemacht werden kann. Zwar würde Harris bei einer Direktwahl mit knappen 49 Prozent gegen Trump mit 46 Prozent (Stand: 15. Oktober 2024) gewinnen. Da aber die Bundesstaaten Wahlmänner entsenden und in 48 von 50 Bundesstaaten das „the

winner takes it all“ Prinzip gilt (Ausnahme Maine und Nebraska – hier gilt ein Verhältniswahlrecht), ist das Ergebnis absolut offen. Weder hat es Harris bis zum heutigen Tag geschafft, eine deutliche Mehrheit der US-Amerikanerinnen und -Amerikaner von der Notwendigkeit ihrer Präsidentschaft zu überzeugen, noch ist es Donald Trump gelungen, die Mehrheit für seine Verschwörungstheorien und Hasstiraden zu begeistern. Am Ende wird die Wahl weder von den fröhlichen Harris Unterstützerinnen in New York und San Francisco gewonnen noch von den wütenden MAGA (Make America great again) Skandierern in Alabama oder Ohio, sondern von denen, die als Independents oder Unentschiedene gelten. Für sie wird am Wahltag entscheidend sein, wer von beiden überzeugender ist und dafür sorgt, dass die ökonomischen Perspektiven auch in schwierigen Zeiten stabil bleiben.

Eine Wiederwahl Donald Trumps ist also keinesfalls ausgeschlossen, auch wenn dies für die USA, die Welt und die EU vier weitere verlorene Jahre bedeuten würde. Für die autokratischen Systeme – innerhalb der EU und im globalen Kontext – wäre eine Wahl Donald Trumps ein weiteres Hochfest in Richtung Zerstörung der liberalen Demokratien, für die Kräfte, denen Begriffe wie Rechtsstaat, Internationalität, völkerrechtliche Normen, demokratische Verfahren und politischer Anstand etwas bedeuten, wäre Trumps erneute Wahl hingegen ein dramatisches Alarmzeichen in Bezug auf die tatsächliche Schwäche der liberalen Demokratie.



Siebo Janssen ist Politologe und Dozent mit verschiedenen internationalen Lehraufträgen. Er studierte Politische Wissenschaften der Neueren- und Neuesten Geschichte, des Staats-, Völker- und Europarechts sowie der Staats- und Rechtsphilosophie in Köln, Bonn, Münster und Nijmegen (NL). Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Rijksuniversiteit Groningen (NL) sowie an der Universität zu Köln.

# Make America ... was nochmal?

## Eine Deutsche im amerikanischen Wahlzirkus

von Annika Reuter

Mit 21 Jahren reiste ich das erste Mal in die USA und war tief beeindruckt. Doch mehr und mehr lernte ich auch die dunklen Seiten des Landes der Freiheit und unbegrenzten Möglichkeiten kennen: Rassismus, Waffen- und Polizeigewalt, undurchschaubare Wahlsysteme, religiöser Fanatismus. Seit der Auswanderung meines Vaters zeigten mir regelmäßige Besuche

in Michigan, dass in den „Vereinigten“ Staaten absolut nichts united, dafür alles überdimensional ist: Jeder der 50 Staaten hat eigene Gesetze; die breiten Highways sind voller Trucks und riesiger Autos; an der gigantischen Cola im Kino oder dem Milchkanister mit vier Unzen hebt man sich einen Bruch. Bequemlichkeit und Größe zählen, Quantität vor Qualität, alles zum Wegwerfen.



Das Gefühl der Freiheit, das die Weiten der USA auslösen, kann man sich in einem noch immer kriegsbefleckten Deutschland ebenso wenig vorstellen wie den enormen Patriotismus. Amerikaner sind stolz auf ihr Land. Die Flagge, der Star Spangled Banner, weht vor vielen Häusern. Ich kann verstehen, dass man mit mehreren Hektar Wiesen, Wald und Feldern ganz gerne eigene Waffen besitzt. Aber Freiheit bedeutet auch, dass man Eindringlinge erschießen, sein Haus mit Hakenkreuzen vollmalen, oder Mitglied des Ku-Klux-Klans sein darf.

Als mein Vater mich Mitte Juni diesen Jahres am Flughafen in Detroit abholt, bestaune ich die Sticker auf seinem Auto: „No brain? Vote Trump! Democracy or idiocracy?“ Auch vor Donald Trumps erstem Wahlkampf war ich in den USA. Damals machte man sich in Late Night Shows noch über den dummen Wirtschaftstycoon ohne politische Erfahrung lustig. Heute lacht niemand mehr. Auf der Stoßstange des riesigen Subaru meiner Stiefmutter klebt immer noch der Kamala Harris-Aufkleber von vor den letzten Wahlen. „So what about Kamala?“,

frage ich sie. Ihre Stimme klingt enttäuscht: „She didn't get a chance.“ Generell ist die politische Stimmung getrübt. Joe Biden traut man nicht zu, das anrollende Desaster aufzuhalten.

### **Trump ist verurteilter Straftäter mit Immunität**

Mein Frühstücksei esse ich täglich von einem Tischset mit den Köpfen der amerikanischen Präsidenten. Alte Männer, zu Beginn noch mit weißen Perücken. Der Einzige, der Farbe reinbringt: Barack Obama. Das letzte Gesicht ist das des 45. Präsidenten. Der Amtseid daneben wirkt wie reinsten Hohn, denn mittlerweile ist Trump verurteilter Straftäter mit Immunität für seine Vergehen. Derartige Macht hatten früher nur Könige. Die gab es auch noch, als die Gründerväter voller Idealismus 1776 politische Richtlinien der USA beschlossen.

Trumps Beliebtheit hat eventuell auch mit dem Schulsystem, einem weiteren US-Alptraum, zu tun. Aufgrund fehlender Chancengleichheit oder inhaltlicher Tiefe verlassen manche die High School ohne grundlegende Lese- und Schreibkenntnisse. Wegen schlechter Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte schwappt wie in Deutschland eine riesige Kündigungswelle über das Land. Viele Eltern bevorzugen das Homeschooling; vor allem tiefreligiöse Familien beschulen ihre Kinder lieber zu Hause. Die Kluft zwischen arm und reich, schlau und dumm, ist riesig. Dabei bleiben auch die Schläuen oft arm: Ein Jahr an der University of Michigan in Ann Arbor kostet knapp 30.000 US-Dollar, die teuersten Universitäten verlangen 80.000 US-Dollar. Nach dem Abschluss zahlen etliche bis Mitte 40 hohe Studienkredite.

Ich schaue mir die Dokumentation „Unfit“ an: Renommierete Psychologen analysieren, warum Trump mental und emotional ungeeignet ist, das Land zu regieren. Beweismaterial für Ferndiagnosen liegt ausreichend vor. Trotzdem denke ich, dass Trump auf absurde Art und Weise dringend notwendige Aufräumarbeiten vollstreckt. Schonungslos findet er jedes Schlupfloch im unüberschaubaren Staaten-

wust, spült angesammelten Dreck und Schwachstellen der Demokraten und Republikaner an die Oberfläche. Er zeigt, wie weit man es mit Rücksichtslosigkeit und alternativen ‚Wahrheiten‘ bringt und dass die bereits in Schulen antrainierte Ellenbogenschubserei und Egotour zu Präsidenten wie ihm führen.

### **Betreute Wohneinrichtung für Trump und Biden als bessere Option**

Das erste TV-Duell „Biden vs. Trump“ beginnt mit Einspielern wie vor einem Boxkampf. Doch was folgt, ist verstörend: Biden stottert, wirkt abwesend; Trumps Aussagen, wie etwa zu Abtreibungen, strotzen vor Dummheit: „You cannot cut out a nine-month-old baby from its mother's womb!“ Er sagt, dass Immigranten aus Gefängnissen und Irrenhäusern kommen und Frauen töten. Trotzdem wirkt er souverän, Biden hingegen als bräuchte er eine Infusion. Am Ende zanken sie, wer besser Golf spielt. Beide wären in einer betreuten Wohneinrichtung sichtlich besser aufgehoben.

Wenige Tage später will Biden in einem CNN-Interview zeigen, dass er bei der Debatte nur einen schlechten Tag hatte – ohne Erfolg. Der Frust steigt, amerikanische Bekannte sind wütend: Biden hatte versprochen, ein „one-term-president“, eine Brücke zwischen Trump und einer jüngeren Generation der Politik, zu sein. Nicht zwischen Trump und Trump! Doch Heldinnen und Helden werden in herausfordernden Zeiten geboren. Laut Umfragen kann für Amerikaner nur eine das Land retten: Michelle Obama! Ein Leserbrief von Hollywoodstar George Clooney erscheint in der New York Times: „I love Joe Biden, but we need a new nominee.“ Clooney ist nicht irgendwer: Seit Jahren veranstaltet er wichtige Fundraising-Events für die Demokraten. Auch Schauspieler Michael Douglas äußert öffentlich seine Bedenken.

Mein Vater und ich diskutieren derweil: Warum hat eigentlich noch niemand versucht, Trump zu erschießen? Als nur Tage darauf die Nachricht über das Attentat kommt, haben wir fast

ein schlechtes Gewissen. Die Medien zeigen ein geradezu ikonisches Foto: Vor schwarzgekleideten Secret Service Agenten und wehender amerikanischer Flagge reckt Trump mit blutendem Gesicht die kampfbereite Faust empor. Die Meinungen spalten sich: Die einen feiern einen Märtyrer, die anderen betrauern den missglückten Anschlag.

Wenig später schaue ich mir die erste Trump-Rallye nach dem Mordversuch auf FOX News an, dem „Trump-Sender“, wie mein Vater sagt. Viele Menschen tragen solidarische Ohrenbinden. Kid Rock performt, Wrestler Hulk Hogan zerreißt sein Hemd und schreit: „This is how angry I am about the shooting! DONALD TRUMP IS A SUPERHERO!“ Auch Trumps Enkeltochter soll auftreten, ihren Großvater „vermenschlichen“ – denn, dass der ein Mensch ist, könnte man glatt vergessen: „Donald Trump is God’s son, Jesus saved him because he is our savior.“

### **Kamala Harris als neue Hoffnung der Demokraten**

Kurz darauf tritt Joe Biden von der Kandidatur zurück. Trumps Überleben hat im Lager der Demokraten unaufhaltsame Dringlichkeit ausgelöst: Einen Gegner wie ihn besiegt man nicht auf alten Pferden! Nach kurzen Spekulationen über den Ersatz wird klar: Kamala Harris ist da!

Plötzlich regt sich etwas im erstarrten Amerika. Innerhalb von 24 Stunden sammelt sie mehr als 100 Millionen US-Dollar Spendengelder. Neue Hoffnung keimt auf, vielleicht kann sie Trump besiegen. Sie, die erste weibliche Vize-Präsidentin, Einwanderertochter einer indischen Mutter und eines jamaikanischen Vaters, die seit Jahren für Fortpflanzungsrechte kämpft und ein neues Narrativ schafft: Prosecutor versus felon – Staatsanwältin gegen Straftäter. Harris sagt, sie kenne Männer wie Trump, habe bereits viele wie ihn weggesperrt. Sie würde ihn niederstrecken.

Trump’s größter Supporter ist Elon Musk. Public endorsements, wichtige öffentliche Unterstützungen, bekommt er von kleineren Stars

wie Dennis Quaid, Roseanne Barr oder Rapper 50 Cent. Auf den beliebten Parteikollegen Arnold Schwarzenegger kann er nicht zählen. Der äußerte sich in einem Interview entsetzt über Trump: „It is so sad for our party.“

Endlich postet Harris auf Instagram, worauf die USA gewartet haben: Die Obamas rufen an! Michelle sagt: „My girl Kamala, we are so proud to endorse you. This is going to be historic.“ Harris sorgt zudem für Trends in den Sozialen Medien, die sie für „goofy dances“, Weisheiten ihrer Mutter und das laute Lachen feiern. Popstar Charli XCX, selbst Tochter einer indischen Mutter, erteilt ihr – in Anlehnung an ihr giftgrünes Album „Brat“ – auf Instagram den Ritterinnenschlag der Gen Z: Kamala is brat. Eine „Göre“, die auf „Hater“ und Regeln pfeift und bekommt, was sie will. Und Brats wissen: Der Platz einer Frau ist im Weißen Haus! Das findet auch Beyoncé und erlaubt die Verwendung ihres Songs Freedom für die Wahlkampagne.

### **„Childless Cat Lady“ – ein Angriff gegen Harris läuft ins Leere**

Etwas unfreiwillig ebnet Trumps Vize JD Vance, Rechtsanwalt, Senator von Ohio und Kämpfer für den Mittelstand, den Weg für Harris mit einem alten Video: Sie wäre eine „miserable, childless cat lady“ und habe in der Politik nichts zu suchen, weil sie nie Kinder geboren habe. Comedian Chelsea Handler kontert: Bislang war noch kein einziger Präsident der Vereinigten Staaten Mutter! Vance wusste offenbar nicht, dass man sich mit mächtigen



Katzendamen nicht anlegt. Die riesige Fangemeinde von Taylor Swift und ihren drei Katzen ist erbost, auch Talkshowkone Oprah Winfrey hat sich der wachsenden „Childless Cat Ladies For Kamala“-Bewegung angeschlossen. Abgeordnete beider Parteien, die karrierebedingt kinderlos geblieben sind, ärgern sich ebenso über Vances Aussage wie Jennifer Aniston, eine weitere einflussreiche – und unfreiwillig kinderlose – Amerikanerin. Harris bekommt indes den Spitznamen „Momala“, wie ihre Stiefkinder sie liebevoll nennen.

Vance betitelte Trump 2016 noch als Amerikas Hitler und zynisches arschloch. Heute nennt er ihn einen großartigen Präsidenten. Im Bestseller „Hillbilly Legacy“ beschreibt Vance seine Familiengeschichte voller Alkohol und Drogenmissbrauch. Ein solches Erbe wiegt schwer und hat Vance sich nicht intensiv mit einer Aufarbeitung beschäftigt, trägt er es in sich. Egal, ob er in Yale studiert hat oder nicht. Trump verteidigt ihn: Harris wäre „dumb and stupid“ und Vance möge nun mal Familie. Außerdem sollte man Wählerstimmen von Eltern stärker gewichten. Durch ihren Nachwuchs setzen die sich wenigstens für die Zukunft des Landes ein!

Dann zaubert Harris Tim Walz aus dem Hut: Governor von Minnesota, ehemaliger Lehrer, Football Coach, Veteran, Supporter der LGBTQ-Rechte, Tierliebhaber und Jäger, der vernünftige Waffengesetze befürwortet. Öffentlich spricht er über die Liebe zu seiner Familie und seinen Kindern, übrigens gezeugt durch künstliche Befruchtung. Erneut schießen sich die Republikaner mit Diffamierungsversuchen ins eigene Knie: Mit der Aussage, Walz hätte als Flieger „nie einen Fuß auf fremden Boden gesetzt“, verprellten sie Veteranen, die in den USA ein hohes Ansehen genießen. Die Betitelung „Tampon Tim“, weil Walz in Minnesotas Schulen Periodenprodukte auf allen Toiletten – aus Rücksicht auf Transgender-Kinder auch bei den Jungs – einführte, macht Walz nicht nur bei der queeren, sondern vor allem bei der menstruierenden Wählerschaft beliebt. Trumps Kommentar: „Walz likes everything

transgender.“ Trump will Transsexualität strafbar machen.

Harris trifft sich unterdessen mit der „100 Black Man Conference“ in Atlanta, Repräsentanten einer Wählergruppe, an der Hilary Clinton scheiterte. Denn die Mehrheit der Afro-Amerikaner – obwohl schwarze Wähler tendenziell demokratisch wählen – traut einer Frau die Präsidentschaft nicht zu, lässt sich politisch nicht mobilisieren. Doch das soll sich ändern. Harris und Walz aktivieren ungesehene Gruppen und viele Spendengelder kommen von Erstspendern. Nun bleibt zu hoffen, dass sich alle rechtzeitig als Wähler registrieren und dann auch wählen.

### Mom und Dad of America

„Momala“ und „Tampon Tim“ touren mittlerweile gemeinsam mit Mann und Frau im Bus durch die Staaten, zeigen sich auf Instagram lachend beim Chipskauf in der Tankstelle. Sie sind ein eingespieltes Team: Mom und Dad of America. Trump kündigt an: „There will be a bloodbath if I lose!“ Er und Vance wirken wie der wirre Opa, der alle beschimpft, und sein renitenter Enkel.

Aber auch ihre Anhänger haben Bedürfnisse und Sorgen, gehören zum Land, das Harris und Walz regieren wollen. Mit elterlichem Verständnis werden sie denen verklickern müssen, dass man die Zeit nicht zurückdrehen kann. „We won’t go back!“



Annika Reuter, ebenfalls kinderlose Katzendame, stieg 2020 nach vierzehn Jahren aus dem Schuldienst des Landes Nordrhein-Westfalen aus und arbeitet seitdem als selbstständige Autorin, Coach und Sängerin. Als ehemalige Englischlehrerin und USA-Fan beschäftigt sie sich schon lange mit der Geschichte des Landes und besucht seit zehn Jahren regelmäßig ihren ausgewanderten Vater in Michigan. Ihr erstes Buch über den Weg aus der Schule wird bald erscheinen.

# Von Sinn und Unsinn politischer Social Media Arbeit

von Jan-Lukas Gescher

Soziale Netzwerke sind heutzutage kaum noch wegzudenken. Ein Großteil der Bundesbürger benutzt mindestens ein Netzwerk. Je jünger die Nutzerin, desto höher die Chance, dass es sogar mehrere Netzwerke sind. Ob Snapchat, Facebook, Instagram, Twitter/X, BeReal, TikTok oder LinkedIn – die Möglichkeiten und Formate der Sozialen Netzwerke sind mittlerweile vielfältig und umfassend.

Und dort, wo Menschen sind, da wo man miteinander kommuniziert und sich austauscht, ist auch Politik immer zu finden. Selbst Instagram, wo politische Inhalte mittlerweile vom Algorithmus erkannt und schlechter bewertet werden als beispielsweise Urlaubsfotos, strotzt immer noch vor politischen Inhalten.

Aber ergibt es für einen politisch aktiven Menschen, der keine besonderen Ämter oder Mandate innehat, Sinn, sich dort politisch zu äußern?

## **Raus aus der Blase rein in die digitale Welt**

Bevor man beginnt, sich auf einer Plattform zu betätigen, sollte man sich mit dem Netzwerk vertraut machen. Das tun die meisten langsam und schrittweise. Man erstellt ein Konto und sucht nach Bekannten, man klickt „Gefällt mir“ bei Beiträgen, kommentiert sie und irgendwann lädt man selbst einen Beitrag hoch. Wer an Reichweite interessiert ist, beginnt irgendwann, seinen Auftritt zu optimieren.

Egal, auf welchem Netzwerk man aktiv ist oder wird, eines sollte man immer im Hinterkopf behalten, denn es gilt für alle Netzwerke: Ein Soziales Netzwerk funktioniert über Emotionen. Und während man von niedlichen Katzenvideos irgendwann auch mal genug haben kann, kann man sich fast nie genug aufregen. Und genau darauf spekulieren Soziale Medien. Deshalb ist es keineswegs so, dass ein Soziales Netzwerk einen immer und unbedingt in eine Selbstbestätigungs-Blase befördert, eher im Gegenteil. Nur wer alle seine Profile auf nicht öffentlich eingestellt hat, ausschließlich seinen engsten Freunden folgt und niemals auf eine „Das könnte dir auch gefallen“-Seite geht, hat die Chance, doch in eine solche Blase befördert zu werden. Für die meisten Nutzer bedeutet Social Media vor allem Konfrontation mit Meinungen und Absichten, die man ablehnt.

Und genau deshalb verläuft das politische Senden als Privatperson auch nicht nur in der eigenen Blase, sondern auch darüber hinaus. Und mehr noch: Dafür braucht man keine Influencer oder eine große Anhängerschaft. Je nach Netzwerk kann man schnell tausende Menschen erreichen. Hierfür kann manchmal auch schon ein recht gutes Meme ausreichen. Gleichzeitig muss einem bewusst sein, dass sich das Senden politischer Botschaften nicht anbietet, um eine Influencer-Karriere zu starten. Um den Algorithmus richtig zu bedienen, reicht regelmäßige Kommunikation politischer Inhalte oft nicht aus und in der Flut von Beiträgen, Stories, Kommentaren etc. kann man leicht untergehen.



### **Lohnt sich überhaupt der Aufwand?**

Wenn ich nun nicht berühmt werde durch politische Kommunikation, wenn ich keine Garantie habe, immer auch Leute zu erreichen, die nicht meine Denkrichtung teilen, und ich auch noch Gefahr laufe, unterzugehen, wieso sollte ich dann den Aufwand betreiben und politisch auf Sozialen Netzwerken auftreten? Diese Frage stellen sich vermutlich einige der Leser jetzt.

Meiner Ansicht nach lohnt sich politische Kommunikation immer, selbst wenn man kaum Follower hat. Denn erstens ist es doch so, dass Soziale Netzwerke einen immer größeren Einfluss auf unser aller Leben nehmen. Wer früher Menschen erreichen wollte, der ging auf den Marktplatz. Die Funktion des Marktplatzes haben heute die Sozialen Netzwerke. Und selbst wenn seine Meinung vielleicht unterzugehen scheint, ist es noch auffälliger, wenn sie nicht da ist. Das lässt sich mit Wahlplakaten vergleichen, kaum welche stechen wirklich heraus oder hätten gar das Potential, einen Wähler zu überzeugen. Fehlen aber Plakate einer Partei, dann merkt man das sofort. Und ein Abhandenkommen liberaler Meinungen würde jedem vermitteln: Das gibt es wohl nicht mehr.

Zweitens gilt in der digitalen wie auch der analogen Welt der Grundsatz, dass die radikalsten Ansichten meist die lautesten und aggressivsten sind. Nun verhält sich der Großteil der Nutzer von Social Media passiv. Sie laden kaum bis gar nicht eigene Beiträge hoch, sie teilen

keine Beiträge anderer Personen, kommentieren nicht und drücken selten den „Gefällt-Mir-Button“. Dennoch nutzen sie die Anwendungen regelmäßig, informieren sich dort und lesen mit. Je weniger gemäßigte Stimmen nun zu hören sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die radikalen, lauten und aggressiven Meinungen als Mehrheit aufgefasst und interpretiert werden.

Drittens kann man schnell ins Gespräch kommen mit Leuten, die auf eigene Beiträge reagieren. Und das sind häufig Leute aus dem näheren Umfeld, die anderer Meinung sind. So entstehen mitunter fruchtbare Diskussionen, die fundamentaler Bestandteil unserer Demokratie sind, aber leider wird mittlerweile viel zu selten diskutiert. Und selbst wenn sich jemand nur aufregen möchte, kann man trotzdem mit Respekt darauf eingehen und ein Gefühl des „Gehört- und Verstandenwerdens“ erzeugen.

Viertens benötigt man für politische Kommunikation nicht unfassbar viel Zeit. Es reicht, Beiträge zu kommentieren oder zu teilen, man ist keineswegs zur stundenlangen Erstellung eigener Inhalte gezwungen. In kürzester Zeit kann man dennoch eine Meinung kundtun oder eine, der man zustimmt, stärken.

Fünftens wirkt die politische Kommunikation nach außen und innen. Man erreicht natürlich nicht nur Leute, die nicht politisch organisiert oder aktiv sind, sondern auch Menschen derselben Partei oder Vorfeldorganisation. So kann man sowohl nach außen und innen senden, Ansichten transportieren und Leute für sich gewinnen. Gerade in der heutigen Zeit ist dieser Umstand durchaus bekannt und wurde beispielsweise bei der Mitgliederbefragung der FDP-Mitglieder zum ‚Ampelverbleib‘ durchaus exzessiv genutzt – von den Befürwortern und den Gegnern des ‚Ampelverbleibs‘ gleichermaßen.

### **Aus eigener Erfahrung**

Ich selbst betreibe einen Twitter- und einen Instagram-Account, mit jeweils über 900

Followern. Dennoch erreiche ich damit alleine auf Instagram monatlich um die 2.000 Nutzer und auf Twitter deutlich mehr. Für politisch aktive Menschen ist diese Form der Multiplikation einfach nicht mehr wegzudenken und essenziell für die politische Arbeit. Das gilt insbesondere für die Jugend- und Studentenverbände, deren Zielgruppe besonders Social Media affin ist.

Ich habe vor knapp fünf Jahren mit ca. 450 Followern begonnen, regelmäßig politische Ereignisse zu kommentieren oder meine eigene Meinung dazu kundzutun. Nur als die Liberalen Hochschulgruppen dieses Jahr Ziel einer Störaktion autonomer Linker und islamistischer Aktivisten wurde, schwang mir so etwas wie Hass entgegen. Ansonsten habe ich viel diskutiert und dabei meine Ansichten gefestigt oder hinterfragt. Das habe ich persönlich immer als gewinnbringend erachtet.

Letztlich steht es jedem frei, ob und in welcher Form er politisch kommunizieren möchte. In Zeiten, in denen die liberale Demokratie zu erodieren droht, ist jeder Mensch, der sich im demokratischen Spektrum an Diskussionen beteiligt, ein Gewinn – ganz egal, ob im digitalen oder analogen Raum. Vielleicht fühlt sich die eine Leserin oder der andere Leser nun auch dazu ermutigt.



Jan-Lukas Gescher studiert Soziologie und Politologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen und beschäftigt sich am liebsten mit politischer Philosophie. Er ist Bundesvorsitzender der Liberalen Hochschulgruppen. Davor war er auf Gruppen- sowie Landesebene in Hessen, bei den Jungen Liberalen und der FDP engagiert. Die Freizeit, die ihm übrig bleibt, füllt er seit über 16 Jahren mit Handball.



„Wir engagieren uns im Verband der Stipendiaten und Altstipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (VSA) e.V. weil unsere gemeinsame Zeit in der FNF eine Gemeinschaft begründet, die es zu bewahren gilt.“



**Kontakt**

 [info@vsa-freiheit.org](mailto:info@vsa-freiheit.org)

 +49 (30) 33 02 44 05

 [www.vsa-freiheit.org](http://www.vsa-freiheit.org)

**Offiziell anerkannter Alumniverband der FNF**

Gegründet wurde der VSA 1987. Er hat derzeit rund 2.000 Mitglieder und ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Verband, der allen Stipendiaten und Alumni der FNF offensteht. Eine private oder institutionelle Fördermitgliedschaft ist möglich.

**Netzwerk mit Nutzwert**

Der VSA unterstützt seine Mitglieder auf dem Weg zum beruflichen Erfolg, hilft bei der Vermittlung in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur und bietet ein Netzwerk zur beruflichen und privaten Kontaktpflege. Der VSA baut Brücken zwischen hochqualifizierten Nachwuchs- und Führungskräften und potentiellen Arbeitgebern.

**#zauberbergforever**

Selbstorganisation und bürgerschaftliches Engagement sind Kernelemente unseres Verbands. Unsere Mitglieder gestalten und prägen das Verbandsleben beispielsweise in Regionalgruppen, Fachkreisen und bei der Organisation vielfältiger Veranstaltungen.



**Verband der Stipendiaten und Altstipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit e.V.**

# Südkoreas politische Weichenstellung

## Wie der Machtwechsel die Nordkorea-Strategie prägt

von Wencke Rynek

Demokratie ist ein kostbares Gut, das mit ihren entsprechenden Wahlen als Gütesiegel funktioniert. Hierzulande ist das freiheitlich demokratische System für viele selbstverständlich und nicht wegzudenken. Es sind die meist in regelmäßigen Abständen stattfindenden freien Wahlen auf unterschiedlichsten Ebenen, welche eine Demokratie auszeichnen – so auch in Südkorea. Dass in dem ostasiatischen Land Demokratie herrscht, ist jedoch noch nicht lange so. In den Jahren nach der innerkoreanischen Teilung und dem Koreakrieg gaben mehrere Militärdiktaturen den Takt an. Erst um 1998 konnten die Einflüsse zahlreicher Militärfunktionäre auf die südkoreanische Politik eingedämmt werden.

Zuletzt wurden im April diesen Jahres die Parlamentswahlen vorgezogen, um unter anderem ein aktuelles Meinungsbild der südkoreanischen Bevölkerung über ihren amtierenden Präsidenten Yoon Suk-yeol und dessen Regierung einzuholen. 2022 war Yoon Suk-yeol erst als Präsidentschaftskandidat der konservativ ausgerichteten Partei „People Power Party“ (PPP) zum Präsidenten gewählt worden. Er wurde so Nachfolger Moon Jae-ins (2017-2022), welcher der sozial-liberalen „Minju“-Partei angehört.

### **Nach der Wahl: Eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten für den Präsidenten**

In Südkorea haben die Wahlberechtigten zwei Stimmen, wobei jeweils eine Stimme an einen Direktkandidaten aus dem jeweiligen Wahlkreis und eine an die bevorzugte Partei abge-

geben wird. Das Abgeordnetenhaus hat insgesamt 300 Sitze, wovon 254 durch die Wahl der Direktkandidaten und die restlichen 46 Sitze durch das Prinzip des Verhältniswahlrechts auf die Parteien verteilt werden. Der Ausgang der Wahl war für Yoon Suk-yeol und seine konservative Partei wenig erfreulich: Die sozial-liberale Opposition konnte die Mehrheit für sich gewinnen. Dies bedeutete jedoch nicht bloß eine öffentliche Blamage für den amtierenden Präsidenten, sondern schränkt die Partei in ihren gesetzgeberischen Möglichkeiten ein, obwohl sie weiterhin den Präsidenten stellt. Anders als in Deutschland gibt es in Südkorea aktuell keine große Parteienlandschaft. Entscheidungsprozesse konzentrieren sich ganz überwiegend auf die beiden oben genannten Parteien. Da diese nicht selten nahezu gegensätzliche Positionen vertreten, ist eine Kompromissfindung enorm herausfordernd.

Ein prominentes Beispiel immer wiederkehrender Diskussionspunkte ist der Koreakonflikt bzw. die Frage, wie genau man mit dem Nachbarland im Norden umgehen soll. Yoon Suk-yeols sozial-liberaler Vorgänger Moon Jae-in plädierte während seiner Amtszeit für eine Annäherung an Nordkorea. Um dieses Ziel zu erreichen, führte er die sogenannte „Sonenscheinpolitik“ fort. Diese wurde von dem ehemaligen südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-jung (1998-2003) etabliert und besteht vor allem daraus, dass Südkorea sich aktiv um Annäherung bemüht, jedoch ohne militärische Ausschreitungen des Nordens zu akzeptieren. Kim Dae-jung erhielt für diese Doktrin im



Jahre 2000 den Friedensnobelpreis. Auch während Moons Präsidentschaft waren die Zeichen zwischen den koreanischen Staaten dank der Sonnenscheinpolitik wieder auf Entspannung gestellt. Diese Periode ging jedoch mit dem Ende von Moons Amtszeit ebenfalls zu Ende.

### **Härteres Auftreten gegenüber Nordkorea**

Die Annäherungsversuche unter Moon Jae-in wurden von vielen Südkoreanern als wirkungslos sowie als eine Steuergeldverschwendung wahrgenommen. Diese Unzufriedenheit dürfte einer der Gründe für den Wahlsieg Yoon Suk-yeols bei der Präsidentschaftswahl 2022 gewesen sein. Dieser hatte nämlich unter anderem damit geworben, Nordkorea gegenüber wieder härter durchgreifen zu wollen und beispielsweise auf Raketentests oder ähnlich provokative Aktionen deutlicher zu reagieren. Dabei zog Joon sogar die Möglichkeit der nuklearen Aufrüstung Südkoreas in Betracht. Generell steht der amtierende Präsident, anders als sein Vorgänger, einem erhöhten Maß an Militarisierung positiv gegenüber und betont, dafür ebenfalls die Beziehungen zu den USA wieder stärken zu wollen.

Das jüngste Wahlergebnis in Südkorea zeigt die Tiefe der politischen Gräben im Land und wie stark die Meinungen, hier am Beispiel des Umgangs mit Nordkorea, auseinandergehen. Die konservative Regierung unter Yoon Suk-yeol steht nun vor der Herausforderung, ihre politischen Ziele mit einem von der Opposition dominierten Parlament durchzusetzen. Dies dürfte nicht nur die innenpolitische Stabilität Südkoreas auf die Probe stellen, sondern auch die Außenpolitik des Landes entscheidend beeinflussen. In einer Zeit, in der geopolitische Spannungen in der Region zunehmen, wird sich zeigen, ob Südkoreas Demokratie in der Lage ist, trotz dieser Herausforderungen handlungsfähig und resilient zu bleiben.



Wencke Rynek studiert Koreanistik und Politikwissenschaft im Bachelor an der Eberhard Karls Universität Tübingen, und verbrachte ein Auslandsjahr an der Korea University in Seoul.

Ihr Forschungsinteresse bezieht sich vor allem auf den Koreakonflikt sowie die sicherheitspolitischen Strategien in Bezug auf Nordkorea.

# Die Zukunft des Westens entscheidet sich an seinen Universitäten

von Noam Petri

Betrachtet man die Debatten über Antisemitismus, so scheint neben den üblichen Fragen, wie zum Beispiel „Welche Formen des Antisemitismus gab es in der Vergangenheit?“, „Mit welcher Form haben wir es heute zu tun?“ oder „Ist das wirklich Antisemitismus?“, eine wichtige Frage zu fehlen: Was passiert, wenn eine Gesellschaft vom Virus des Antisemitismus befallen worden ist?

Der Antisemitismus kommt selten allein. Er ist nur Mittel zum Zweck. Durch ihn kann man nicht nur Juden zum Sündenbock erklären, sondern gleichzeitig andere Ideologien salonfähig machen. In seinem Buch „Eine andere Jüdische Weltgeschichte“ belegt Prof. Dr. Michael Wolffsohn, dass Gesellschaften meist an Freiheit, Wohlstand und Frieden verlieren, sobald sie vom Virus des Antisemitismus gänzlich befallen worden sind. Der Grund ist nicht die Revanche der „Jüdischen Weltverschwörung“, sondern der Hass, der eine Gesellschaft von

innen zerfrisst. An dieser Stelle macht man es sich zu einfach, wenn man den Hass „den Ungebildeten“, „den Armen“ oder „den Abgehängten“ in die Schuhe schiebt. Auch hier können wir von der Geschichte lernen. Denn „die Gebildeten“, „die Reichen“ und „die Etablierten“ können nicht nur vom Hass befallen werden, sondern auch Erfinder des Hasses – in Form einer politischen Ideologie – sein.

## Keine Einzelfälle

Die aktuelle Situation der Universitäten zeigt uns, dass diese sich zunehmend von ihren Idealen entfernen. Graffiti, Plakate, Demos, Camps, Besetzungen und Vandalismus. Es sind keine Einzelfälle, eher Normalität. Was ist es, das wir seit dem 7. Oktober 2023 an Universitäten beobachten?

Das Hamas-Massaker an eben jenem 7. Oktober war weder Grund noch Auslöser für die



aktuelle Situation an unseren Universitäten. Schließlich offenbarte es nur das wahre Gesicht einer sich seit langem verbreitenden Bewegung – eine Bewegung, die aus Radikalen und Legitimatoren besteht: Radikale, die seit Jahrzehnten ihre Ziele nicht verheimlichen; Legitimatoren, die seit Jahrzehnten das Gedankengut, die Forderungen und die Taten der Radikalen in den Medien, in der Kulturszene, an den Universitäten, in der Politik ignorieren, kontextualisieren oder rechtfertigen.

Universitätspräsidenten, Journalisten, Politiker fallen genau auf den oben beschriebenen Trick – das Salonfähig machen anderer Ideologien – rein, wenn sie behaupten, dass diese Studenten sich schließlich nur für einen Waffenstillstand engagieren würden. Ein Blick auf die Aussagen, Statements oder Kooperationspartner zeigt die wahre Ideologie dieser Studenten. Dass an Berliner Universitäten links-extreme Organisationen ihr Unwesen treiben, wurde von einigen Medien aufgegriffen. Doch wussten Sie, dass sich die Organisation Thawra Hamburg – häufig an der Universität Hamburg aktiv – nach der Schließung des Islamischen Zentrum Hamburgs (IZH), dem „bedeutendsten Propagandazentrum Irans in Europa“, „solidarisch an die Seite der Gläubigen des IZH“ stellte? Oder dass die an der Hochschule Fulda aktive Organisation Muslime.fulda Veranstaltungen von Abul Baraa bewirbt, der laut baden-württembergischem Verfassungsschutz eine „Szenegröße des politischen Salafismus“ ist?

### **Bewegung mit wachsendem Einfluss im Westen**

Doch nicht nur Islamisten und ihre Sympathisanten, sondern auch linksextremistische Gruppen schaffen es durch ihren Antisemitismus, den sie durch das Thema Israel versuchen zu verschleiern, an deutschen Universitäten Räume zu erobern. Im Kufiya-Netzwerk organisieren sich laut dem Verfassungsschutz „verschiedene linksextremistische Organisationen mit Gruppen aus dem Bereich des auslandsbezogenen Extremismus und des nicht

extremistischen Spektrums“. Zu den Erstunterzeichnern gehört der sozialistische Studentenverband „SDS.Die Linke“ und die in Frankfurt am Main aktiven „Studis gegen rechte Hetze“. Weitere studentische Unterstützer des Kufiya-Netzwerks sind u.a. Students for Palestine Bonn, Darmstadt, Göttingen, Halle/Saale, Leipzig und Stuttgart, Palästina Spricht und Thawra Hamburg.

Wir haben es mit einer widersprüchlichen woke-islamistischen Allianz zu tun, die durch ihren Hass auf den Westen zusammengeschweißt wird. Man kann sich zwar über diese kognitive Dissonanz lustig machen – es wirkt schließlich wie Realsatire, wenn Homosexuelle und selbsterklärte Feministinnen mit Islamisten kooperieren –, doch nichtsdestotrotz meinen es diese Ideologen ernst. Diese Bewegung gewinnt im ganzen Westen immer mehr Studenten und somit an Einfluss auf die Politik der unmittelbaren Zukunft. Machen wir uns nichts vor: Diese Ideologen werden alles daransetzen, den Westen nach ihrem Bild umzubauen.

Hierzu noch einmal das Bundesamt für Verfassungsschutz: „Für dogmatische Linksextremisten ist die Palästinasolidarität ein wesentliches und einander verbindendes Betätigungsfeld. Sie beinhaltet verschiedene Facetten bis hin zu Israelfeindschaft und Antizionismus. Zielgerichtet versuchen dogmatische Linksextremisten, Debatten und Demonstrationen mit Bezug zur Situation im Nahen Osten ideologisch und personell zu durchdringen. Dahinter steht die Absicht, eine Definitionshoheit zu erlangen, die nicht extremistischen Teilnehmenden von Veranstaltungen zu radikalieren und in einer Frontstellung gegenüber dem demokratischen Verfassungsstaat hierzulande zu vereinen sowie neue Mitglieder zu rekrutieren. Dabei werden immer wieder an sich demokratische und humanitäre Anliegen missbraucht, Kundgebungen diskreditiert, Meinungspluralität ignoriert und gewalttätige Auseinandersetzungen und gesellschaftliche Spaltung provoziert, nur um das Dogma der eigenen Ideologie durchzusetzen.“

## Eine wehrhafte Demokratie braucht Mut

Ihr Westen hat also nichts mit unseren Vorstellungen einer westlichen Zivilisation zu tun. Was müssen wir also tun? Leere Worte können wir uns nicht mehr leisten. Mit „wir“ sind nicht nur wir Juden gemeint. Es wäre ein Fehler zu glauben, dass es sich hierbei um ein jüdisches Partikularinteresse handelt. Mit „wir“ ist die westlich-aufgeklärte Zivilisation gemeint. Das Problem wächst. Die Debatten bleiben die gleichen. Geschehen ist nichts Wesentliches.

Das Fundament der Freiheit ist eine wehrhafte Demokratie. Eine wehrhafte Demokratie braucht Mut – Mut, den die Ukrainer und Israelis tagtäglich im Kampf um ihre Freiheit zeigen. Wenn wir meinen, eine wehrhafte Demokratie zu sein, dann müssen wir mutig werden. Die Probleme nicht relativieren,

sondern benennen. Nicht hinter Schein-Argumenten verstecken, sondern nach Lösungen suchen. Wir müssen anfangen, bei uns für unsere Freiheit zu kämpfen. Es braucht Politiker, die das Problem angehen; Journalisten, die das Problem als Problem darstellen; Studenten, Dozenten und Professoren, die sich aktiv diesen Ideologen an deutschen Universitäten entgegenstellen. Denn die Zukunft des Westens entscheidet sich im Westen — besonders an seinen Universitäten!



Noam Petri ist Vizepräsident der Jüdischen Studierendenunion Deutschland und Vorstandsmitglied der Jungen Liberalen Berlin. Er studiert Humanmedizin an der Charité Berlin.

# FAIR-GEGENÜBER-JUGENDLICHEN-VERSICHERUNG.

Die PKV legt Geld für höhere Behandlungskosten im Alter zurück.  
So sind alle Versicherten ihr Leben lang gut versorgt –  
ohne damit die jüngeren Generationen zu belasten.

Mehr Informationen unter:  
[www.pkv.de/besser-für-alle](http://www.pkv.de/besser-für-alle)

 **PKV**  
Verband der Privaten  
Krankenversicherung

# Der Sozialismus der dummen Kerle

## Ein kritischer Blick auf die identitätspolitische Linke

von Lars Distelhorst

„Der Sozialismus der dummen Kerle“ – so bezeichnete Adorno den Antisemitismus 1962 in seinem Vortrag „Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute“. Und spätestens mit dem Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 scheint sich dieses Bonmot wieder einmal bewahrheitet zu haben. Dass Antisemitismus gesellschaftlich betrachtet noch immer ein weit verbreitetes Problem ist, stellt seit langem eine durch einschlägige Diskriminierungsstudien und zahlreiche Berichte von in Deutschland lebenden Juden hinreichend dokumentierte Tatsache dar. Wie weit verbreitet dieses Phänomen auch in der zurzeit tonangebenden identitätspolitischen Linken ist, stellt ein oft übersehenes Thema dar. Schließlich assoziieren die meisten Menschen mit Antisemitismus nicht die Linken, deren Anliegen vordergründig betrachtet immer in der Überwindung von sozialer Ungleichheit, gesellschaftlichem Ausschluss und Diskriminierung gelegen zu haben scheinen.

Was lange unter der Oberfläche vor sich hingeköchelt hatte, brach sich unmittelbar nach dem 7. Oktober dann ungehindert Bahn. An den Universitäten schossen die Palästina-Solidaritäts-camps wie Pilze aus dem Boden (zum Teil mit Unterstützung der Lehrenden und weitgehend unbehelligt von der Leitungsebene), nach der Vernichtung des israelischen Staates schreiende Parolen wie „from the river to the sea“ erschollen auf den Straßen und breite Teile der internationalen und deutschen „Linken“ überboten sich gegenseitig mit offenen Briefen und Stellungnahmen zugunsten Palästinas (wobei

die Geiseln der Hamas zum Teil nicht einmal Erwähnung fanden oder bestenfalls pro forma abgehandelt wurden).

### **Verschwinden in der politischen Bedeutungslosigkeit**

Solidarität für Juden und den Staat Israel suchte man bis auf wenige Ausnahmen in der identitätspolitischen Linken vergebens. Seitdem ist es um diese in den letzten Jahren so laute und tonangebende Strömung linken Denkens still geworden und angesichts ihres totalen Scheiterns im Angesicht einer komplexen Krise mit globalen Auswirkungen erscheint ihr Verschwinden in der politischen Bedeutungslosigkeit aktuell mehr als wahrscheinlich. Wie konnte es dazu kommen?

Um dies zu klären ist es sinnvoll, ein paar Schritte zurückzutreten und den Blick von den großen Ereignissen auf die kleinen zu lenken. Noch vor zwei oder drei Jahren ging der Begriff „kulturelle Aneignung“ verstärkt durch die Medien und führte bei vielen Menschen zu großer Unsicherheit. Zur Erinnerung: Als kulturelle Aneignung wird in der rassismuskritischen Diskussion die ungefragte Übernahme von Elementen einer ehemals kolonisierten oder ausgebeuteten Kultur durch eine dominante Kultur bezeichnet.

Definitionen wie diese haben auf allen Seiten zu vielen Missverständnissen geführt, da oft nicht auf die Machtverteilung geachtet und die Kritik an kultureller Aneignung pauschal



als Ablehnung von Kulturaustausch interpretiert wurde. Vom Seniorinnenballett bei der Bundesgartenschau über den Film „Der junge Häuptling Winnetou“ bis hin zum „Chinesenfasching“ in Dietfurt – zum Aufreger taugte plötzlich alles Mögliche, sofern es sich nur irgendwie in die Schablone „kulturelle Aneignung“ einfügen ließ.

Diese Aufreger kamen natürlich nicht aus dem Nichts. Angestoßen wurden sie in der Regel von in der Öffentlichkeit im Namen linker Identitätspolitik geäußerten Vorwürfen des Rassismus und kultureller Ausbeutung. Und hier wird es interessant. Wer sich mit dem Begriff der kulturellen Aneignung und seiner Geschichte beschäftigt, wird bei einiger Recherche auf eine bis in die 1970er Jahre zurückreichende Diskussion stoßen, die ursprünglich aus der Kunstgeschichte stammend auf Gebiete wie Musik, Kunst und die Kultur im Allgemeinen übertragen wurde, um schließlich in der breiten Öffentlichkeit anzukommen.

### **Schlampige Übersetzung des Begriffs**

Betrachtet man die Geschichte dieser Diskussion nüchtern, kann die Aufregung um den Begriff nur verwundern. Zunächst einmal wurde er schlampig übersetzt. Wo das englische „appropriation“ auf den Kontext der widerrechtlichen Aneignung von Eigentum verweist, wird dieser Zusammenhang von der wörtlichen deutschen Übersetzung als „Aneignung“ unsichtbar gemacht. Besser wäre es gewesen, „cultural appropriation“ als „Kulturdiebstahl“ zu übersetzen. Das hätte der deutschen Debatte sicherlich so manches Missverständnis erspart.

Des Weiteren ist der Begriff in der englischsprachigen (vor allem US-amerikanischen) Diskussion vor allem mit Blick auf Fragen der Verteilung und Eigentumsverhältnisse angewendet worden. Warum gilt Elvis noch heute vielen als Erfinder des Rock ‘n’ Roll? Wieviel haben seine schwarzen Vorgänger eigentlich vom Kuchen



abbekommen? Wo kommt der Inhalt unserer ethnologischen Museen her? Und sollte man das nicht zurückgeben? Hat ein Film wie Pocahontas etwas mit der wirklichen Geschichte indigenen Lebens in Nordamerika zu tun oder ist diese vielleicht eher mit dem Ziel der Profitmaximierung durch einen kulturindustriellen Fleischwolf gedreht worden?

Fragen wie diese sind wichtig und lassen sich mit dem Begriff der kulturellen Aneignung (oder besser des kulturellen Diebstahls) produktiv diskutieren. Auffallend ist allerdings, wie wenig dies geschehen ist. Die öffentlichen Aufreger um kulturelle Aneignung setzten stets bei Banalitäten wie den weiter oben genannten an: Wer tritt wo in welchem Kostüm auf, wer hat sich welche Frisur gemacht und vor allem: Dürfen die das eigentlich, wo sie doch weiß sind (und vielleicht auch noch männlich, hetero und cis, um das Maß voll zu machen)?

## Starke Aufladung der öffentlichen Debatte mit Affekten

Bei der Frage nach dem Warum dieser Entwicklung schließt sich langsam der Kreis zum Beginn dieses Artikels. Denn hinter der Oberflächlichkeit der Debatte um kulturelle Aneignung verstecken sich Probleme, die sich im kompletten Spektrum linker Identitätspolitik wiederfinden lassen und ausschlaggebend für deren Scheitern sind. An der öffentlichen Debatte über kulturelle Aneignung und Identitätspolitik fällt zuallererst ihre starke Aufladung mit Affekten auf. Ist ja klar, mögen da viele sagen: Schließlich wird sie von Menschen getragen, die seit langem unterdrückt werden und die mittlerweile keine Lust mehr haben, immer wieder ellenlang das Offensichtliche zu beweisen, indem sie die Rolle von Rassismus oder Sexismus in der Gesellschaft und nicht zuletzt auch für ihre persönlichen Biografien betonen.

Bei kurzem Nachdenken wird man hier allerdings stutzig. Schließlich sind die aktuellen Protagonisten und Protagonistinnen der Identitätspolitik keineswegs die ersten, die sich mit Problemen dieser Art auseinandersetzen, unterscheiden sich von ihren Vorgängern wie z. B. Martin Luther King oder James Baldwin durch ihren Ton aber erheblich. Zumal ist ein solches Argument paternalistisch, da es unterdrückten Menschen pauschal unterstellt, sie hätten Probleme mit der Gefühlsregulation und seien deswegen zu nüchternem analytischen Denken nur eingeschränkt in der Lage. Und nicht zuletzt sind es überwiegend weiße Menschen der gebildeten Mittelschicht, die sich mit entsprechenden öffentlichkeitswirksamen Anklagen hervortun und allein schichtbedingt dürften nur wenige von ihnen Diskriminierung und Ausschluss am eigenen Leib erfahren haben.

Was bei der Diskussion über kulturelle Aneignung und verwandte Themen neben allen logischen Inkonsistenzen vor allem auffiel, war ihr in zu großen Teilen autoritärer Tonfall. Wo in der akademischen Diskussion vor allem auf strukturelle Merkmale des Rassismus und

des Fortwirkens der Kolonialgeschichte verwiesen wurde, erschien es in der öffentlichen Diskussion oft so, als würde den zu Zielscheiben aktueller Vorwurfstriaden auserkorenen Menschen unterstellt, sie hätten sich bereits morgens beim Aufstehen vorgenommen, die Welt um sie herum rassistisch (oder wahlweise sexistisch, transphob oder ähnliches) zu beleidigen. Der autoritäre Tonfall war bei vielen dieser Vorwürfe ebenso wenig zu überhören wie die dahinter verborgene autoritäre Charakterstruktur.

### **Relevanzverlust der Philosophie des Poststrukturalismus**

Dies hat verschiedene Gründe. Der eine ist recht einfach, dürfte aber trotz allem eine gewichtige Rolle spielen. Die für die heutige Identitätspolitik grundlegenden Diskurse der Queertheorie und der Postkolonialität wurzeln tief in der Philosophie des Poststrukturalismus. Diese galt nicht nur seit jeher als äußerst schwer zugänglich und zum Teil hoch spekulativ (zum Teil wurde sie auch schlicht als „eleganter Unsinn“ bezeichnet), sondern erreichte zudem spätestens in den 90ern des letzten Jahrhunderts ihren akademischen Zenit und ist seitdem einem fortwährenden Relevanzverlust ausgesetzt.

Was diese Form des Denkens allerdings geschafft hat wie vor ihr wohl nur die Aufklärung und der historische Materialismus, besteht in ihrem schrittweisen Eindringen in grundlegende Denkmuster politischer Strömungen der Linken, allen voran der identitätspolitischen Bewegung. Wie bei jedem Trickle-Down-Effekt blieb auch hier vieles auf der Strecke. Verloren gingen in diesem Fall vor allem die Komplexität und die Interpretationsoffenheit des Poststrukturalismus, der als engagiertes Plädoyer für die Differenz, die Verabschiedung finaler Wahrheiten und damit als Kritik jeder Form des Autoritarismus angetreten war.

Von derartigen theoretischen Bezügen ist die heute verbreitete Spielart von Identitätspolitik weitgehend frei. Dass die Szene sich in ihrem

Engagement vor allem auch der Sozialen Medien bedient, verkompliziert diesen Befund zusätzlich. Am Ende eines Instagram-Posts bleibt von Poststrukturalismus, Queer Theorie und Postkolonialität nicht mehr übrig als Spruchweisheiten, die mit den Büchern von Jacques Derrida, Judith Butler oder Edward Said in etwa so viel gemeinsam haben wie Schweinchen Dick mit dem Ulysses.

Die Essenz des identitätspolitischen Diskurses besteht infolgedessen in der Behauptung, die soziale Wirklichkeit sei eine diskursiv hergestellte Konstruktion, weswegen es jede Äußerung auf etwaige Diskriminierungs- und Ausschlussmechanismen zu hinterfragen gelte. Wer sich falsch ausdrückt (wozu im Zweifelsfall auch nicht sprachliche Formen des Ausdrucks wie Tanz, Mode, Malerei oder ähnliches gehören), macht sich dieser Vorstellung nach nicht nur eines schnell zu korrigierenden Faux-Pax schuldig, sondern wirkt direkt am Aufbau und Unterhalt diskriminierender gesellschaftlicher Strukturen mit.

### **Folgenschwerer logischer Fehler**

So weit, so gut. Wenn in dieser Rechnung nicht ein folgenschwerer logischer Fehler stecken würde. Denn sprachtheoretisch betrachtet steht hinter solchem Denken ein äußerst vereinfachtes Verständnis des sprachlichen Zeichens. Dieses zerfällt im identitätspolitischen Diskurs in zwei Teile: Einerseits das Wort selbst und andererseits den damit bezeichneten Vorstellungsinhalt. Würden sich also alle einfach anders ausdrücken, würde sich in diesem Zuge auch ihr Denken ändern, so die Überzeugung. Hinter der Aufforderung, sich anders auszudrücken (diskriminierungssensibel oder wie auch immer), verbirgt sich deswegen die unausgesprochene Forderung, bitte doch gleich das Denken mit zu verändern ohne dies lange begründen zu müssen.

Was von der Identitätspolitik angesichts dessen bleibt, ist eine Politik der Moral, die an Strukturen, geschweige denn ökonomischen Faktoren (die so lange im Fokus linken

Denkens standen) nicht mehr interessiert ist, um stattdessen das Handeln von Individuen in den Blick zu nehmen und es nach einem nicht mehr begründungspflichtigen Kodex in Gut und Böse einzuteilen – ein linker Manichäismus. Dass manche Kritiker die linke Identitätspolitik aus diesem Grund mit einer Religion oder Sekte vergleichen, mag überspitzt erscheinen, entbehrt aber keineswegs der Grundlage. An einen Kanon von begründungsfreien Verhaltens- und Denkregeln kann man glauben oder nicht, rational diskutieren kann man ihn nicht und genau aus diesem Grund entpuppt er sich bei näherem Hinsehen auch als weitgehend unpolitisch.

Die Moral der identitätspolitischen Bewegung lässt sich aufgrund ihrer Theorielosigkeit und ihrem Desinteresse an strukturellen Faktoren in einem simplen Diktum zusammenfassen: Im Zweifelsfall für den Underdog. Dieses Parteiereifen für die angeblich schwächere und diskriminierte Partei ist der Bewegung in ihren öffentlichen Verlautbarungen zum Reflex geworden und zieht sich durch sämtliche Themen, von Transgender bis hin zum Gaza-Konflikt.

In letzterem kommen die verschiedenen Stränge identitätspolitischen Denkens zusammen: Ein Denken und Handeln, das aufgrund seiner Sprachfixiertheit nur noch im moralinsauren Parteiereifen für die vermeintlich Schwachen besteht und der daraus resultierende Autoritarismus einer Bewegung, die ihr Handeln schon lange nicht mehr argumentativ begründen kann – noch dies überhaupt für notwendig erachtet. So erblickte die identitätspolitische Bewegung im 7. Oktober 2023 denn vor allem die Bestätigung eines ihrer wichtigsten Paradigmen und damit zugleich ihrer eigenen Wichtigkeit: Der Kolonialismus dauert an, mit ihm Ausbeutung, Diskriminierung und Unterdrückung, und wir sind da, um diesen Zuständen durch lautstarkes Demonstrieren ein Ende zu bereiten.

## Komplexes Denken nur noch an den Rändern

Dass sich weder die Geschichte des Staates Israel noch der Gaza-Konflikt vor der Abziehfolie der Postkolonialität lesen lassen, ist dabei weitgehend sekundär. Die Region war 400 Jahre vom Osmanischen Reich besetzt, anschließend ein Mandatsgebiet des Völkerbundes und es gab geschichtlich betrachtet diverse Gelegenheiten zur Gründung eines palästinischen Staates, die sämtlich von den jeweiligen Vertretern der Palästinenser abgelehnt wurden. Aber komplexes Denken unter Einbezug geschichtlicher Fakten und begleitet von einer kritischen Haltung, auch den eigenen theoretischen Grundlagen gegenüber, findet in einem so engen gedanklichen Raum wie dem der identitätspolitischen Linken, wenn überhaupt, nur noch an den Rändern statt.

Ausgekostet wird stattdessen der autoritäre Reflex, schon immer recht gehabt zu haben und moralisch auf der richtigen Seite zu stehen, gegen das angebliche Unrecht, mit dem man nichts anderes zu tun haben möchte, als es mit großer Geste zu verurteilen. Auf diese Weise allen tiefer reichenden Verständnisses für die eigenen Themen wie Ausbeutung, Diskriminierung und sozialem Ausschluss beraubt, muss es aber doch einer gewesen sein. Und so regrediert die Bewegung auf das wohl älteste Muster der Diskriminierung überhaupt. Denn wer ist im Zweifelsfall schon immer schuld gewesen, ob nun an Brunnenvergiftungen, Gotteslästerung, dem Kapitalismus und nun obendrein auch den angeblichen Resten des Kolonialismus? Na, klar: Die Juden!



Lars Distelhorst ist Professor für Sozialpädagogik und Soziale Arbeit an der Fachhochschule des Mittelstands. Er studierte Politikwissenschaften an der Universität Bremen und promovierte 2007 am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Seine berufliche Laufbahn begann er an den Elisabeth-Schulen in Berlin, bevor er in die akademische Lehre wechselte.

# Blick in die Zukunft

von Anna Hommen



Wahlkampf ist nicht mehr dasselbe wie noch vor einigen Jahren. Er hat sich aufgrund der Corona-Pandemie verändert. Auf Hochschulwahlkampf trifft das genauso zu – vielleicht sogar noch mehr. Er konnte sich nicht mehr von der Pandemie erholen. Warum? Das versuche ich in diesem Artikel zu reflektieren. Mein Engagement bei der LHG begann vor der Pandemie und endete danach, womit ich auch während der Pandemie hochschulpolitisch aktiv war. Wie es sich für ein VLA-Mitglied gehört, erzähle ich nun die Geschichten der alten Zeiten.

Begonnen habe ich meine Karriere als Studentin an der Universität zu Köln. Die sonst so friedliche vorweihnachtliche Zeit des Beisammenseins und der Versöhnung wird dort für Wahlkampf genutzt. Den meisten Studierenden gingen zu dieser Jahreszeit womöglich eher folgende Gedanken durch den Kopf: „Endlich haben wir Ferien“, „Ich muss noch Geschenke kaufen“ oder „Vielleicht sollte ich mich vor den Feiertagen noch mit meiner Mitbewohnerin

versöhnen“. Anstatt diese Mentalität zu teilen, haben wir als LHG mithilfe von Glühwein und Waffeln versucht, Werbung für uns und gegen die Anderen zu machen. Für uns LHGler bedeutete das eine Menge Arbeit, da jeden Tag von 9 bis 17 Uhr Stände besetzt werden sollten, weil Kabel vorher geprüft, Dinge eingekauft und alles vorbereitet werden musste. Wie man sich vorstellen kann, haben diese Wahlkämpfe unglaublich viel Zeit, Nerven und Personenstunden gekostet.

## Corona-Skurrilitäten der Hochschulpolitik

2020 und 2021 sah das etwas anders aus. Gerade während winterlicher Lockdowns wäre ein Gespräch bei Glühwein vermutlich genau das richtige gewesen, aber das war nicht möglich. Der Wahlkampf fand online statt und ohne direkten Kontakt mit Studierenden. Dies hatte den Vorteil, dass weniger Helfer und Geld gebraucht wurden. Veranstaltungen zu machen war zwar ab und an möglich, aber wen konnte man ohne viel Präsenz an den Hochschulen

und Gesprächen mit Kommilitonen schon davon überzeugen, sich zu engagieren? Haben Sie schon mal versucht, jemandem zu sagen, dass sie sich fürs Studierendenparlament bewerben sollen, während alle Sitzungen online stattfinden? Ich habe selten etwas Komischeres gesehen als Online-Sitzungen des Studierendenparlaments, in dem linke Gruppen sich durch die Anonymität von Zoom gegenseitig beleidigen, dann aber ohne Hose aufstehen – bei angeschalteter Kamera. Mein Highlight war der klägliche Versuch, während einer Zoom-Sitzung von 19 bis 1 Uhr ein Alkoholverbot durchzusetzen. Entsprechend war das Interesse an Hochschulpolitik mau – nicht nur in Köln, sondern an vielen Hochschulen in Deutschland. Einige LHGen mussten ihre Arbeit aufgeben, andere sich in den Dornröschenschlaf begeben.

Nach der Pandemie musste aber weiter Wahlkampf gemacht werden. Einen Wahlkampfstand den ganzen Tag zu besetzen, war unmöglich. Wer einen guten Social-Media-Zuständigen hatte, hatte das große Los gezogen, weil Wähler digital angesprochen werden mussten, da sie weiterhin seltener an der Hochschule als online anzutreffen waren. Die Öffentlichkeitsarbeit wurde professioneller und schicker – in der Hoffnung, nicht nur Wähler anzusprechen, sondern auch neue Mitglieder zu gewinnen, neue LHGen (wieder) zu gründen und alles auf das Vor-Pandemie Niveau zu bringen.

### **Neustart nach Corona langsamer und mühseliger als erwartet**

Funktioniert hat das meiner Meinung nach nicht. Das lag nicht an der Social-Media-Strategie und der ganzen Arbeit die hineingesteckt wurde. Aber wir kommen erstmal nicht mehr zu einer Situation zurück, in der wir Hörsäle mit Gästen füllen, alle Veranstaltungen voll sind und jedes LHG-Mitglied sich begeistert einbringt. Da können weder Social Media noch gute Inhalte etwas dran ändern, sondern nur Geduld in schlechten Zeiten, Wissensvermittlung und -sammlung für die kommenden Generationen sowie Aufbau von Struktur und

Professionalität für den Aufschwung in der Zukunft.

Als Liberale Hochschulgruppen sind wir stark beeinflusst vom Ruf der FDP. 2017 lief das super, Christian Lindner hat Studenten in Hörsäle getrieben, schwarz-weiße Videos haben das Internet geflutet und Lindner hat auf Plakaten eine super Figur gemacht. Dadurch haben die LHG sich weiterentwickelt und konnten jahrelang davon zehren. Inzwischen hat die FDP zu kämpfen, was auch in den Liberalen Hochschulgruppen spürbar ist. Deshalb sollten wir uns aktuell weniger Gedanken um die Teilnehmerzahl auf Veranstaltungen machen, sondern uns vorbereiten für das hoffentlich nächste Mal, dass die FDP einen Aufschwung hat.

Wachstum ist wichtig, nur leider gerade unrealistisch und die ehrenamtlichen Ressourcen müssen in die Stärkung unserer Strukturen gesteckt werden. Dabei spielt der VLA eine tragende Rolle. An dieser Stelle wäre es interessant zu hören, wie es 2013 lief oder noch weiter in der Vergangenheit. Wer in der LHG ist, wird sein Studium abschließen und mit diesem Ehrenamt aufhören. Wer im VLA ist, hat solche Situationen bereits gesehen und denkt sich während meines Artikels sicher „So neu ist das alles gar nicht, die Autorin ist noch viel zu jung. Damals zu meiner Zeit ...“. Aber genau das ist das Schöne. Hoffentlich lernen wir zusammen und können jetzt, noch mehr als sonst, aufeinander bauen.



Anna Hommen studiert Wirtschaftsgeographie, Mobilität und Raumentwicklungs-politik im Master an der Universität Gießen. Seit 2023 ist sie Mitglied im Verband liberaler Akademiker und seit Pfingsten 2024 in dessen Präsidium. Bis Anfang 2024 war sie die Bundesprogrammmanagerin der Liberalen Hochschulgruppen (LHG). Während ihres Bachelor-Studiums an der Uni Köln engagierte sie sich bei der LHG Köln und den LHG NRW.

# Liberaler Werte in Gefahr?

## Was Politik und Gesellschaft von Unternehmen lernen können

von Lukas Prandzioch

Betrachtet man den aktuellen Stand des Liberalismus in der Welt, fällt die Bilanz sehr negativ aus. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, Trumps Äußerungen zur NATO und der globale Anstieg von Populisten jeglicher Couleur scheinen den Westen samt seiner Wertordnung zu bedrohen. Wo lange der Glaube herrschte, dass in Europa nie wieder ein Krieg ausbrechen könne, erlitt der liberale Traum einer freien Welt für alle einen klaren Rückschlag. Um den Niedergang liberaler Werte zu beobachten, muss man den Blick allerdings nicht in Richtung Transatlantik, Russland oder anderer BRICS-Staaten richten – auch in Deutschland scheinen liberale Werte gesellschaftlich immer mehr an Relevanz zu verlieren. An dieser Stelle könnte man eine Vielzahl von Entwicklungen aufzeigen, die verdeutlichen, wie genau sich dieser Wertewandel gestaltet und warum er stattfindet. Da diese Analyse jedoch den Umfang des Artikels deutlich überschreiten würde und vermutlich Gegenstand eines eigenen Buches sein könnte, möchte ich den Rückgang liberaler Werte an zwei Beispielen verdeutlichen.



**Erstens:** Die freie Meinungsäußerung – Bürgerinnen und Bürger haben zunehmend das Gefühl, ihre Meinung nicht frei äußern zu können. In der Umfrage „Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann, oder ist es besser, vorsichtig zu sein?“ gaben 1990 noch 78 Prozent der befragten Personen an, dass sie das Gefühl haben, frei reden zu können. 2023 waren nur noch 40 Prozent der Befragten der Meinung, dass sie frei reden können. Unabhängig davon, ob es sich um eine gefühlte Wahrnehmung oder eine real existierende Einengung des Debattenraums handelt, sollten diese Zahlen jedem liberal denkenden Menschen Anlass zur Sorge bieten.

**Zweitens:** Mehr Staat durch mehr Gesetze – Auch hinsichtlich der Anzahl an Gesetzen scheint der Staat immer mehr Raum im Leben der Bürgerinnen und Bürger einzunehmen. Im Jahr 2011 gab es in Deutschland 1.623 Gesetze und 42.948 Einzelnormen. Im Jahr 2024 gibt es 1.792 Gesetze und 52.155 Einzelnormen. In 13 Jahren haben wir also einen Zuwachs von 169 Gesetzen und 9.207 Einzelnormen. In diesem Kontext stellt sich die Frage, auf welche Weise die Förderung von Eigenverantwortung bei Bürgerinnen und Bürgern erfolgen kann, wenn gleichzeitig eine Zunahme an Regulierung von Handlungsoptionen zu beobachten ist.

Die dargelegten Ausführungen sollen allerdings nicht dazu verleiten, eine pessimistische Haltung einzunehmen. Wie der Titel des Artikels bereits andeutet, bin ich überzeugt, dass Politik und Gesellschaft von den aktuellen Veränderungen in Unternehmen lernen können.

## Unternehmen als Trainingsfeld eines liberalen Habitus

Ein Beispiel für die Liberalisierung von Unternehmensprozessen ist der Bereich des betrieblichen Lernens. Während vor einigen Jahren noch recht generische Weiterbildungsprogramme gestaltet wurden, lässt sich aktuell eine Tendenz hin zum selbstgesteuerten Lernen beobachten. Wie der Name bereits impliziert, stehen hier die Lernziele und -bedürfnisse der Mitarbeitenden im Mittelpunkt. In diesem Kontext kann zudem ein Transfer zu Hayeks Postulat hinsichtlich der Akkumulation von Wissen gewagt werden. Auch wenn ein Personalentwickler über umfangreiche Erfahrung verfügt, ist er nicht in der Lage, die stetigen Veränderungen des Arbeitsmarktes unter Berücksichtigung der Vielfältigkeit der Berufe im Unternehmen vorherzusehen oder gar zu planen. Folglich vollzieht sich derzeit ein Paradigmenwechsel, der den Schwerpunkt stärker auf die Förderung der Eigenverantwortung der Mitarbeitenden legt, anstatt Lösungen für individuelle Problemlagen vorzugeben.

Auch im Hinblick auf die Gestaltung von Projektstrukturen lässt sich eine zunehmende Ausrichtung an liberalen Werten beobachten. Die Relevanz agiler Arbeitsmethoden, welche auf Flexibilität und Eigenverantwortung basieren, hat zugenommen. In agilen Teams erfolgt die Arbeitsgestaltung in Form von Sprints, wobei die Mitarbeiter ihre Fortschritte regelmäßig reflektieren und ihre Arbeitsweise anpassen. Diese Struktur fördert nicht nur Eigenverantwortung und Individualismus, sondern auch Demokratiefähigkeit durch flachere Hierarchien und Aushandlungsprozesse.

## Was Politik und Gesellschaft vom Anstieg liberaler Werte in Unternehmen lernen können

Versucht man zu verstehen, warum viele Unternehmen in ihren Prozessen immer liberaler werden, muss man sich zunächst mit der Systemlogik von Unternehmen befassen. Eines

der primären Ziele ist die Gewinnmaximierung. Dabei steht unter anderem die Leistung der einzelnen Mitarbeiter im Fokus. Hier zeigt sich die Stärke des liberalen Wertesystems. Eine Organisation (sei es ein Staat, ein Unternehmen oder eine Familie), in der jede Person Verantwortung für ihr Handeln übernimmt, wird langfristig erfolgreich sein. Dabei ist den Unternehmen bewusst, dass die Veränderung von einem fremdbestimmten Denken hin zu einem eigenverantwortlichen Denken keinesfalls ein Automatismus ist. Vielmehr handelt es sich um einen langwierigen Transformationsprozess, der auch Begleitung und Unterstützung erfordert.

Hier sollten wir als Liberale besonders aufmerksam sein. Einer der größten Fehler, den ich in liberalen Kreisen beobachte, ist die Annahme, dass gute Argumente ausreichen, um Menschen von liberalen Werten zu überzeugen. Es ist eine Sache, jemanden argumentativ davon zu überzeugen, dass das Rentensystem angesichts des demografischen Wandels reformbedürftig ist. Es ist jedoch eine andere Herausforderung, derselben Person klarzumachen, warum es sinnvoll ist, die Altersvorsorge selbst in die Hand zu nehmen. Wir müssen also lernen, Menschen für liberale Werte zu begeistern.

## Wie wir Menschen für liberale Werte begeistern können

**Über Liberalismus sprechen:** Es ist nachvollziehbar, dass zahlreiche Personen politische Debatten am Arbeitsplatz vermeiden. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, die Veränderungen in der Unternehmenslandschaft zu nutzen, um für liberale Werte zu werben. Wenn wir kommunizieren, dass jede Meinung willkommen ist und unsere Kollegen sich nicht dazu gezwungen fühlen, ihre Ansichten zu filtern, kann dies zur Veranschaulichung genutzt werden, wie liberale Werte zu einem positiven Arbeitsumfeld beitragen.

**Liberalismus leben:** Gleichzeitig werden wir niemanden dazu bewegen, sein Weltbild zu



hinterfragen, wenn wir das, was wir predigen, nicht auch selbst leben. Es ist an uns, aufzustehen, wenn Personen aufgrund ihrer Meinung ausgegrenzt werden. Auch in Projekten wird sichtbar, ob unsere Worte ernst zu nehmen sind oder lediglich Plattitüden darstellen. Sind wir die Personen, die in Projekten Verantwortung übernehmen? Wenn im Projekt etwas schief läuft, schieben wir die Schuld auf andere oder hinterfragen wir uns selbst und entwickeln uns weiter? Im Endeffekt werden wir berechtigterweise an unseren Taten gemessen. Demnach sollten wir hier als gute Vorbilder vorangehen.

**Menschen ermutigen:** Konsequenz nach liberalen Werten zu leben ist anstrengend. Verantwortung für das eigene Leben zu übernehmen, erst recht. Wenn ich also in meinem Berufsalltag lange auf die Anweisungen meiner Führungskräfte gehört habe und plötzlich selbst entscheiden soll, welche Weiterbildungen ich besuche und wie ich meine Arbeitsprozesse strukturiere, kann das sehr herausfordernd

sein. Daher ist es unerlässlich, Menschen zu ermutigen. Ob es der Kollege ist, der sich unsicher ist, ob er studieren soll; die Kollegin, die sich nicht sicher ist, ob sie nach ihrer Elternzeit erneut eine Führungsposition anstreben soll; oder der Auszubildende, der darüber nachdenkt, seine Ausbildung abzubrechen, weil ihm alles zu anstrengend wird – hier können wir einen positiven Einfluss auf das Leben anderer Menschen haben und gleichzeitig liberale Werte fördern.



Lukas Prandzioch beschäftigt sich seit zehn Jahren mit dem Thema Bildung. Als Bildungsaufsteiger ist es ihm ein besonderes Anliegen, Menschen zu ermutigen, ihren Lebensweg selbst in die Hand zu nehmen. Derzeit studiert

Lukas Prandzioch Erziehungswissenschaften im Master und arbeitet nebenbei als Berater für Lern- und Bildungsfragen. Er freut sich auf einen anregenden Austausch auf LinkedIn.

# Reisebericht aus der Ukraine

von David Grasveld

Anfang Juli diesen Jahres war ich als Teil einer Delegation von Vertretern europäischer liberaler Jugendorganisationen in die Ukraine eingeladen. Wir sollten so am Sommercamp unserer Partnerorganisation Ze!Molodizhka teilnehmen und vor Ort einen Einblick in die aktuelle Situation des Landes gewinnen. Uns allen war klar, dass diese Reise trotz der ersichtlichen Risiken in vielerlei Hinsicht sehr eindrücklich und bewegend werden würde. Zudem stellte es eine einzigartige Chance dar, dieses seit nunmehr zweieinhalb Jahren vom russischen Angriffskrieg geprägte Land näher kennenzulernen. Einige meiner dort gewonnenen Eindrücke und Erfahrungen möchte ich im Folgenden gerne teilen.

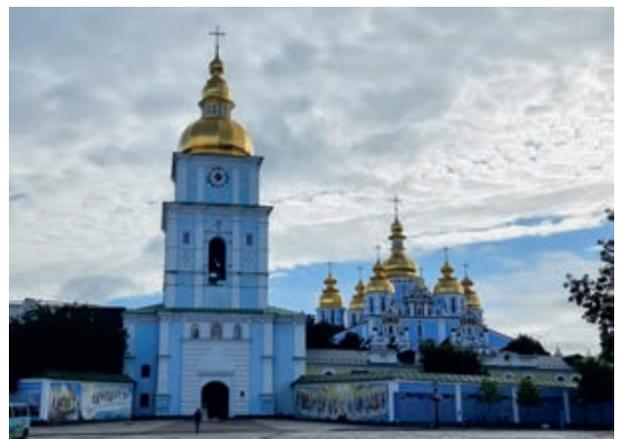
Bereits vor unserer Abreise wurde uns auf drastische Weise vor Augen geführt, wie allgegenwärtig der Krieg in der Ukraine weiterhin ist. So wurden wir während der Reisevorbereitung dazu aufgefordert, eine App für den Luftalarm zu installieren. Diese App sollte für die Dauer unseres Aufenthalts ein treuer Begleiter werden und uns mehrmals aus dem nächtlichen Schlaf wecken, wenn für unsere Region oder die gesamte Ukraine Luftalarm ausgelöst wurde. Auf so eine unmittelbare Weise vor die Tatsache gestellt zu werden, dass man angegriffen werden und reale Gefahr für Leib und Leben bestehen könnte, war für die meisten von uns sehr bedrückend.

## Eine weitestgehend runde Anreise

Allein schon die Anreise nach Kyjiw an sich gestaltete sich abenteuerlich, da aufgrund des Krieges alle zivilen Flugverbindungen unterbrochen sind und die Einreise in die Ukraine somit hauptsächlich per Nachtzug aus Polen erfolgt. Dank der hervorragenden Vorbereitung unserer

Gastgeber Ze!Molodizhka, die als Jugendorganisation von Präsident Selenskis Partei Sluga Narodu direkte Beziehungen zur ukrainischen Regierung haben, hatte man unserer Delegation einen gesonderten, privaten Waggon am Kopf des Zuges zur Verfügung gestellt. Bis auf einige Verzögerungen bei der Passkontrolle an der polnisch-ukrainischen Grenze und dem Umstellen der Spurweite des Zuges von Normalspur auf sowjetische Breitspur verlief die Reise weitestgehend rund. Während wir durch die weitläufigen, agrarisch geprägten Landschaften Richtung Kyjiw fuhren und die Sonne langsam unterging, drang zum ersten Mal vollständig zu mir durch, dass ich mich nun in der Ukraine befand, jenem Land, über das man in den vergangenen zweieinhalb Jahren so viel in den Nachrichten gehört hatte, aber das man zugleich doch so wenig kannte.

Nachdem wir nach knapp 13 Stunden Fahrt am sehr frühen Morgen in Kyjiw angekommen waren, führten uns unsere Gastgeber durch die Stadt, wo wir unter anderem das St. Michaelskloster, den Majdan und die Mutter Ukraine Statue besichtigten. Da die Stadt zu früher Stunde gerade erst langsam aus dem Schlaf erwachte und die Straßen sich noch allmählich



füllen mussten, machte Kyjiw in der morgendlichen Sommersonne fast schon einen friedlichen Eindruck, wären da nicht die zahlreichen Ausstellungen erbeuteter russischer Militärgüter auf den öffentlichen Plätzen der Stadt gewesen. Stolz präsentieren die Ukrainer dort russische Panzer, Fahrzeuge und Ausrüstungsgegenstände, die sie auf dem Schlachtfeld erbeuteten und zur Demütigung anschließend mit ukrainischen Flaggen und Farben versehen haben.

Anschließend fuhren wir nach Irpin, einem Vorort Kyjiws, der gemeinsam mit Butscha während der ersten Kriegswochen zum Sinnbild russischer Massaker wurde. Dort trafen wir uns mit dem Bürgermeister und einigen Mitgliedern des Jugendgemeinderats, die uns auf bewegende Weise von ihren Erinnerungen an den russischen Überfall erzählten und berichteten, wie sie die Stadt seitdem Stück für Stück wiederaufbauten. Tatsächlich war die Stadt zum Zeitpunkt unseres Besuchs weitestgehend wiederhergestellt worden, aber dennoch sah man in einigen Häusern Einschusslöcher und Brandspuren, die von den Kriegshandlungen in 2022 zeugten und noch nicht beseitigt worden waren.

### **Denkmal des Widerstands und Mahnmal für die Opfer**

Im Anschluss daran führte man uns zu einer strategisch wichtigen Brücke zwischen Irpin und Kyjiw, die zu Beginn des russischen Einmarsches von den ukrainischen Streitkräften



selbst gesprengt wurde. Damit sollte ein weiteres Vorrücken der russischen Truppen auf die ukrainische Hauptstadt verhindert werden – mit entscheidendem Erfolg. Letztlich konnte auch damit der russische Vormarsch auf Kyjiw gestoppt werden, die Hauptstadt wurde nicht eingenommen und die Besatzer mussten sich nach einigen Wochen wieder nach Belarus zurückziehen. Die Brücke ist in ihrem zerstörten Zustand seit 2022 unverändert erhalten geblieben und dient nun als Denkmal für den tapferen Widerstand der ukrainischen Streitkräfte. Viele von uns werden sich sicherlich noch an die Bilder erinnern, die nach dem Rückzug der russischen Besatzer aus Butscha und Irpin um die Welt gingen. Darauf zu sehen waren reihenweise Autos, teilweise ausgebrannt und verrostet, die von flüchtenden Ukrainern stammten und zurückgelassen werden mussten, bevor sie von den russischen Invasoren zerstört oder in Brand gesetzt wurden. Einen Teil dieser Fahrzeuge hat die Gemeinde Irpin zu einem beeindruckenden Mahnmal aufeinanderstapeln lassen. So gedenken sie der Opfer, die auf der Flucht ermordet wurden. Zusammen mit der zerstörten Brücke war dieses Mahnmal einer der beeindruckendsten Orte, die wir besichtigten, da sie einem den Kriegsverlauf und die damit verbundenen persönlichen Schicksale greifbar nahebrachten.

Den Rest des Wochenendes verbrachten wir hauptsächlich damit, auf dem Sommercamp die Mitglieder von Ze!Molodizhka näher kennenzulernen und uns mit ihnen auszutauschen. In zahlreichen persönlichen Gesprächen



beeindruckte mich dabei immer wieder die Zuversicht, die die Ukrainer trotz der teilweise bedrückenden Situation zeigten. Mir fiel besonders auf, wie sehr sie sich nach einer endgültigen Trennung vom post-sowjetischen Einflussbereich und stattdessen einer Anbindung an den Westen sehnten und unsere westlichen Ideale teilten. Außerdem ist hervorzuheben, dass die Ukrainer zu den freundlichsten, herzlichsten und zuvorkommendsten Menschen gehören, denen ich jemals begegnet bin. Das gesamte Wochenende über haben sie uns mit einer Gastfreundschaft empfangen, die uns wie zuhause fühlen ließ.

Während wir auf der Rückreise mit dem Bus zum Bahnhof fuhren und ich meine letzten Minuten in Kyjiw verbrachte, schaute ich aus dem Fenster und fragte mich, ob eines dieser Häuser, an denen ich gerade vorbeifuhr, in Zukunft womöglich einem russischen Angriff zum Opfer fallen würde. Zu diesem Zeitpunkt wusste keiner, dass einer der heftigsten Angriffe des gesamten Kriegsverlaufes auf Kyjiw kurz bevorstand. Nur wenige Stunden später traf eine Salve Raketen die Stadt; ein Kinderkrankenhaus wurde dabei zerstört, 37 Todesopfer waren zu beklagen und über 170 Verletzte zu behandeln. Als bitterer Beigeschmack bleibt, dass ich mich zu diesem Zeitpunkt bereits außerhalb von Kyjiw im Zug zurück nach Polen befand; währenddessen können die Ukrainer ihr Land nicht ohne weiteres verlassen und viele junge Männer in meinem Alter blicken der Einberufung mit Furcht entgegen.

## Die Zukunft der Ukraine liegt in der EU

Rückblickend kann ich sagen, dass die Reise mich persönlich vor allem in der Überzeugung gestärkt hat, dass die Zukunft der Ukraine definitiv im Westen und insbesondere in der Europäischen Union liegt. Im Gegensatz zu Viktor Orbáns Ungarn und dessen kontraproduktiven Bestrebungen, die EU von innen zu blockieren und auszuhöhlen, sehnen sich die Ukrainer nach einer EU-Mitgliedschaft und sind willens, sich den dafür notwendigen Reformen zu unterziehen. Auch wenn die Ukraine einige der für eine EU-Mitgliedschaft notwendigen Kopenhagen-Kriterien momentan noch nicht erfüllen mag, so spricht doch vieles dafür, dass sie dies in absehbarer Zeit tun wird.

Studien zufolge sind die aktuellen institutionellen Standards der Ukraine beispielsweise vergleichbar mit denen Rumäniens und Bulgariens zu dem Zeitpunkt, als diese in den Neunzigerjahren ihre jeweiligen Beitrittsgesuche stellten. Und beide Länder schafften es wie bekannt anschließend erfolgreich, sich in die Union einzugliedern. Auch wirtschaftlich gesehen ist die Leistungsfähigkeit der Ukraine nicht etwa grundsätzlich niedriger als bei früheren Beitrittskandidaten, sondern vergleichbar mit anderen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten zu dem Zeitpunkt, als diese ihren Mitgliedsantrag stellten. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass sich auch die Ukraine in eine ähnliche Richtung entwickeln wird. Sobald sie die Kopenhagen-Kriterien ausreichend erfüllt, steht ihrer EU-Mitgliedschaft meiner Meinung nach nichts mehr im Wege.



David Grasveld ist International Officer im Bundesvorstand der Liberalen Hochschulgruppen und war zuvor langjährig im internationalen Komitee der Jungen Liberalen aktiv. Er hat einen Bachelor in Internationalen Beziehungen und studiert momentan politische Philosophie an der Universität Groningen in den Niederlanden.

# Rezensionen

## AMRUM

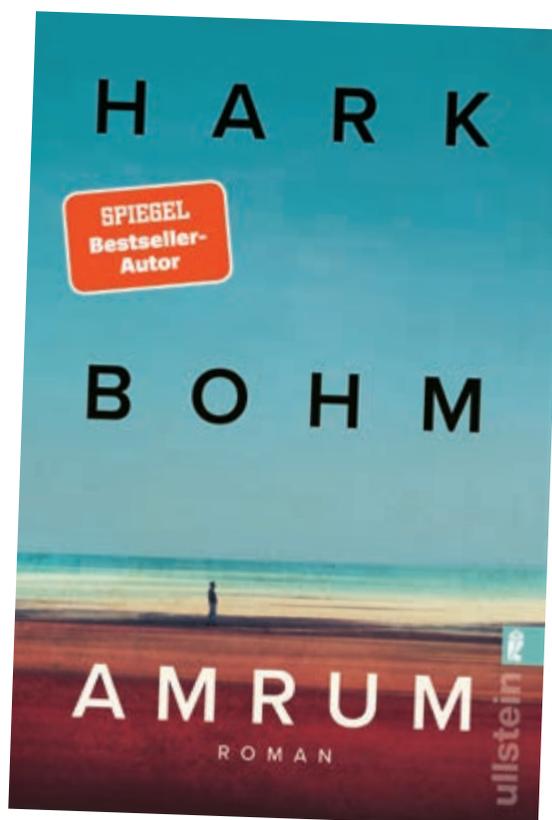
von Hark Bohm & Philipp Winkler

Der u.a. als Schauspieler, Autor und Regisseur bekannte Hark Bohm hat sich bei diesem, auf der Nordseeinsel Amrum spielenden Roman, den deutlich jüngeren Co-Autor Philipp Winkler mit ins Boot geholt. Das Buch ist in diesem Jahr (2024) im Ullstein-Verlag erschienen und wird derzeit als Kinofilm produziert.

Der Umschlag zeigt eine einzelne Person, einsam stehend am Sandstrand. Im Hintergrund ist die Nordsee und ein wolkenloser blauer Himmel zu sehen. Der Sandstrand im Vordergrund ist blutrot gefärbt. Der Roman spielt in den letzten Kriegstagen des Zweiten Weltkriegs. Auch die Insel Amrum wird inzwischen von den Kriegsfolgen nicht verschont. Flüchtlinge und alliierte Soldaten kommen auf die Insel und beschlagnahmen Gebäude und Nahrungsvorräte.

Der sechsjährige Nanning ist die Hauptperson des Romans. Er ist mit seiner hochschwangeren Mutter und seinem kleinen Bruder vor drei Jahren wegen des Bombenkriegs von Hamburg auf die Insel Amrum in das Elternhaus seiner Mutter gezogen. Dort leben sie zusammen mit der Schwester der Mutter. Das Verhältnis der Schwestern ist schwierig, denn Nannings Mutter ist eine glühende Anhängerin des Nationalsozialismus – ihre Schwester nicht. Nanning übernimmt in Ermangelung des in Hamburg verbliebenen Vaters, der sich als hochrangiger SS-Funktionär herausstellt, die Rolle des Nahrungsbeschaffers. Dabei erlebt er zahlreiche Abenteuer in der Natur.

Die Beschreibungen der Dünenlandschaft, der Strände und des Wattenmeeres sind so gelungen, dass sich der Leser selbst in die am Strand stehende Person hineinempfinden kann. Er kann den Wind spüren und das Meer riechen.



Mich hat die Handlung an die Geschichten von Tom Sawyer und Huckleberry Finn erinnert.

*Hark Bohm, Philipp Winkler: Amrum.*  
Ullstein, 2024, 304 Seiten, 23,99€



Dipl.-Ing. Martin Schmädeke hat an der TU Berlin Architektur studiert. Während seiner Studienzeit war er als studentischer Mitarbeiter bei der Historischen Kommission zu Berlin angestellt und forschte über frühe Industriebauten in Berlin. Im Laufe seiner beruflichen Tätigkeiten als projektleitender Architekt war er bei mehreren Architekturbüros in London, Berlin, Potsdam und Hamburg tätig. Seit 2021 ist er als Referent für Bauprojektentwicklung im Erzbistum Hamburg tätig.

## Freiheit beginnt beim ich von Anna Schneider

Schneiders Buch (4. Auflage erschienen 2022 bei dtv) ist eine polemische Intervention zur Verteidigung des negativen Freiheitsbegriffs. Ihr konfrontativer Stil wird gleich anfangs deutlich: „Freiheit ist Freiheit. So einfach ist das“ heißt es da etwa. Mit Bezugnahme auf Klassiker wie Hayek und Mill wird die negative Freiheit zumindest holzschnittartig ideengeschichtlich hergeleitet. Die beiden mittleren Kapitel bieten dann eine durchaus anregende Positionierung in aktuellen identitätskulturellen Debatten und eine konzise, gerade für deutsche Leser bereichernde, Einführung zum Werk Ayn Rands.

Schwächen des Buches werden allerdings ebenfalls offenbar. In der Abgrenzung zum positiven Freiheitsbegriff heißt es lediglich, dieser

nehme die „faktischen Möglichkeiten“ der Freiheitsverwirklichung in den Blick. Muss sich ein Liberaler nicht in irgendeiner Form zu dieser Frage verhalten, möchte er sich nicht dem Vorwurf aussetzen, letztlich nur die Freiheit, unter Brücken zu schlafen, zu verteidigen?

Grundsätzlicher ist, dass Schneiders Freiheitsverständnis sich nicht mit irgendeiner Form demokratischer Politik verträgt. Das Streben nach Macht zur verbindlichen Gestaltung der allgemeinen Angelegenheiten kann in Schneiders Konzeption einzig als Freiheitseinschränkung verstanden werden. Das gesteht die Autorin selbst ein, wenn sie sagt, dass liberale Politik quasi ein Widerspruch in sich ist. Hinweise auf die Gefahr der Tyrannei der Mehrheit dürfen in diesem Kontext auch nicht fehlen. Damit ist jeder Kompromiss verdächtig und aktive Politikgestaltung mit liberaler Überzeugung unvereinbar.

Das Gefühl, dass das nicht alles sein kann, was der Liberalismus zur Politik zu sagen hat, verstärkt sich bei einem Blick in Hans Kelsens „Wesen und Wert der Demokratie“ (2. Aufl. 1929, S. 157): „Soll Gesellschaft, soll gar Staat sein (...) dann muss Herrschaft sein. Müssen wir aber beherrscht werden, dann wollen wir nur von uns selbst beherrscht werden.“

*Anna Schneider: Freiheit beginnt beim Ich - Liebeserklärung an den Liberalismus. dtv, 2022, 304 Seiten, 12€*



Ruben Fabers studierte in Bonn Rechtswissenschaften und ist dort seit April 2023 Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand bei Prof. Dr. Heiko Sauer am Lehrstuhl für deutsches und europäisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht.

# Vorgestellt

Ein paar Fragen

an Denise Köcke



## **Was macht eigentlich Denise Köcke?**

Momentan konzentriere ich mich auf mein Jura-Studium in Frankfurt (Oder). Von Haus aus bin ich Völkerrechtlerin und arbeite nebenbei in der Cybersicherheitsforschung. Ansonsten veröffentliche ich gerade ein Paper zur Rechtmäßigkeit einer neuen Art der Waffensteuerung, sitze im Senat meiner Uni und trinke auch gern mal ein Bier mit Freunden oder lese ein paar Seiten.

## **Ein guter Tag beginnt ... ?**

... mit etwas Sport und viel Kaffee. Darauf folgt noch eine Tasse Kaffee.

## **Als Kind wollten Sie sein wie ...**

Angela Merkel. Weniger wegen Angela Merkel und mehr, weil ich Bundeskanzlerin sein wollte. Stellt sich raus, da habe ich mir die falsche Partei ausgesucht.

## **Wann kamen Sie das erste Mal mit der Politik in Berührung?**

So richtig erst 2015/2016, als ich in den USA lebte und die Primaries verfolgt habe. Im Frühjahr 2016 wurde Trump dann erstmals als Kandidat nominiert, die AfD zog mit 24 Prozent in den Landtag von Sachsen-Anhalt (meiner Heimat) ein, ich hatte das Gefühl die Welt geht vor die Hunde und beschloss daraufhin, selbst politisch aktiv zu werden.

## **Liberal bedeutet für Sie ... ?**

Jeden Menschen als Individuum zu betrachten und ihn damit nicht zur Verfügungsmasse des Staats zu degradieren, sondern ihm zuzuge-

stehen, eigenverantwortliche Entscheidungen über sein Leben treffen zu können.

## **Wenn Sie eine einzige Sache auf der Welt verändern könnten, was wäre das?**

Um die Welt zu verbessern, muss man beim Menschen ansetzen. Das menschliche Defizit, was wahrscheinlich mit dem meisten Übel auf der Welt korreliert, ist mangelnde Empathie. Also gern mehr davon.

## **Mit welcher Persönlichkeit – lebendig oder tot – würden Sie gern einmal zu Abend essen?**

Stephen Hawking hat mich immer sehr inspiriert, da er sich auch unter den schwierigen Umständen seiner Krankheit nicht hat unterkriegen lassen und dennoch ein beeindruckendes wissenschaftliches Lebenswerk vorweisen kann. Da er Brite war, suche ich aber das Restaurant aus.

## **Schenken Sie uns eine Lebensweisheit?**

Viele Dinge (wie Ego, Eifersucht, Empörung über Andere) sind aus Unsicherheit gewachsen. Es braucht Mut, um verletzlich zu sein – in Beziehungen zu Anderen und sich selbst gegenüber. Doch das ist Grundvoraussetzung, um als Mensch zu wachsen.

## **Ein Wort zum VLA:**

Ich war dieses Jahr nach einer knapp zweijährigen Politikpause zum Pfingstseminar als meiner ersten VLA-Veranstaltung. Dort habe ich so viele bereichernde Gespräche geführt und interessante Menschen kennengelernt, dass ich mich gleich wieder heimisch in der liberalen Familie gefühlt habe. Ich freue mich auf alles, was noch kommt.

# Vorgestellt

Ein paar Fragen

an Elke Grothe-Kühn



## **Was macht eigentlich Elke Grothe-Kühn?**

Ich bin Betriebswirtin, lebe in Wuppertal und bin seit Dezember 2023 im beruflichen Ruhestand. Ehrenamtlich engagiere ich mich vielfältig. Ich bin die Vorsitzende der Grünen Damen und Herren unter dem Dach der Evangelischen Kranken- und Alten-Hilfe. Wir und auch ich leisten ehrenamtlich und bundesweit mit mehr als 5.000 Ehrenamtlichen Besuchsdienste in Kliniken und Altenhilfeeinrichtungen.

## **Ein guter Tag beginnt ... ?**

... für mich mit meiner Familie bei Sonnenschein und einem guten Frühstück zuhause.

## **Als Kind wollten Sie sein wie ...**

Pippi Langstrumpf und Huckleberry Finn waren die Helden meiner Kindheit. Ulrike Meyfarth hat mich als 16-jährige Olympiasiegerin im Hochsprung 1972 beeindruckt.

## **Wann kamen Sie das erste Mal mit der Politik in Berührung?**

1998 in meinem zweiten Berufsleben im Gesundheitswesen. Ich schaue auf 35 Jahre berufliche Erfahrung im Bereich Gesundheitswesens zurück. In unterschiedlicher Funktion für Krankenkassen und Krankenhäuser habe ich mit politisch Verantwortlichen zu tun gehabt.

## **Liberal bedeutet für Sie ... ?**

... in einer liberalen und pluralistischen Demokratie zu leben, aktiv für deren Erhalt einzutreten und sich gesellschaftlich zu engagieren.

## **Wenn Sie eine einzige Sache auf der Welt verändern könnten, was wäre das?**

Da gibt es für mich nur eine Antwort: Kriege – wenn möglich – vermeiden und sie beenden.

## **Mit welcher Persönlichkeit – lebendig oder tot – würden Sie gern einmal zu Abend essen?**

Als ehemalige Basketballspielerin, -trainerin und -schiedsrichterin wünsche ich mir einen Austausch mit einem unserer größten sportlichen Vorbilder Dirk Nowitzki. Wie man trotz großen sportlichen und wirtschaftlichen Erfolgs so geerdet bleiben kann, interessiert mich.

## **Schenken Sie uns eine Lebensweisheit?**

Behandle andere so, wie du von ihnen behandelt werden möchtest.

## **Ein Wort zum VLA:**

Ich habe nette und interessante Menschen kennengelernt und freue mich auf weitere Begegnungen. Wir können viel voneinander generationenübergreifend lernen. Besonders freue ich mich über die engagierten jungen Menschen im VLA.

# Impressum

## 11. Jahrgang\*, Heft 18

www.liberales-perspektiven.de

Auflage 500

\*nach Neukonzeption und -gestaltung

## Herausgeber

**VLA – Verband liberaler Akademiker –  
Seniorenverband liberaler Studenten e. V.**

Reinhardtstr. 14 | 10117 Berlin

Alexander Bagus (Präses)

bagus@liberale-akademiker.de

## Redaktion

Britta Lübcke

## Autoren dieser Ausgabe

Lars Distelhorst

Ruben Fabers

Jan-Lukas Gescher

David Grasfeld

Sidney Gregor-Wielan

Elke Grothe-Kühn

Anna Hommen

Siebo Janssen

Denise Köcke

Noam Petri

Lukas Prandzioch

Annika Reuter

Wencke Rynek

Martin Schmädke

Marina Sedlo

## Korrektorat

Alexander Bagus

Anna Hommen

Benjamin Kurtz

Britta Lübcke

## Bildnachweise

Titelbild: Commons:Sir James ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Adenauer\\_Kopf\\_01\\_Bonn\\_20080504.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Adenauer_Kopf_01_Bonn_20080504.jpg)), „Adenauer Kopf 01 Bonn 20080504“ | S. 4: Britta-Lübcke | S. 6/7: Sidney Gregor-Wielan | S. 8: betexion@Pixabay | S.9: Pozhidaeva@Pixabay | S. 10: Denise Köcke | S. 11: jplenio@Pixabay | S. 13: Marina Sedlo | S. 15: Michael\_Luening@Pixabay | S. 16: TheDigitalArtist@Pixabay | S. 17: Siebo Janssen | S. 18: stinne24@Pixabay | S. 20: RebaSpike@Pixabay | S. 21: Annika Reuter | S. 23: AzamKamolov@Pixabay | S. 24: Jan-Lukas Gescher | S. 26: Wencke Rynek | S. 26: thelester@Pixabay | S. 30: Noam Petri | S. 31: Waldemar\_RU@Pixabay | S. 32: Mollyroselee@Pixabay | S. 34: Lars Distelhorst | S. 35: Alexandra\_Koch@Pixabay | S. 36: Anna Hommen | S. 37: LUM3N@Pixabay | S. 39: RonaldCandonga@Pixabay + Lukas Prandzioch | S. 40-42: David Grasveld | S. 43: Ullstein + Martin Schmädke | S. 44: dtv + Ruben Fabers | S. 45: Denise Köcke | S. 46: Elke Grothe-Kühn

## Druck

Alsterspectrum Druck- und Versandzentrum  
Haus 10 Mitte, Wichmannstr. 4,  
22607 Hamburg

## Layout

wertwerk communication  
Taunusstr. 5, 65375 Oestrich-Winkel  
[www.wertwerk.com](http://www.wertwerk.com)

## VLA

Gegründet 1955 in Bonn,  
Registergericht: Amtsgericht  
Berlin (Charlottenburg) VR 23444 B  
Steuernummer: 27/680/58186  
ISSN 2193-7133

Für die Richtigkeit der Texte kann der Herausgeber keine Gewähr übernehmen. Alle Berichte und Beiträge sind nach bestem Wissen und Gewissen der jeweiligen Autoren zusammengestellt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

